



0. Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch begrüsst die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates, die anwesenden Besucherinnen und Besucher sowie die Medienvertreter zur sechsten Stadtratssitzung der Legislaturperiode 2013-2016. Im Rahmen seines Präsidialjahres, in welchem die Themen Bildung und Jugend im Zentrum stehen, möchte er einzelne Akzente setzen, weshalb die heutige Sitzung speziellerweise im neu sanierten Singsaal des Kreuzfeldschulhauses 1 stattfindet.

Im Vorprogramm zur heutigen Sitzung (17.30 - 19.00 Uhr) sei vor Ort informiert worden, wie die bewilligten Investitionen von Fr. 7,1 Mio. eingesetzt worden seien. Als Politikerin und Politiker könne mit entsprechender Anwesenheit und Interesse an der Umsetzung des Bildungsprojektes ein positives Signal an die Langenthaler Volksschule und an die Bildungsstadt Langenthal gesetzt werden.

Das Schulhaus sei auch für ihn persönlich sehr speziell. Als junger Seminarist habe er vor über 20 Jahren sein erstes Unterrichtspraktikum in diesem Schulhaus absolviert, indem er eine 9. Realschulklasse unterrichtet habe. Mit Ehrfurcht habe er damals das altherwürdige Schulgebäude betreten. Mit sehr vielen positiven Erlebnissen habe er das Gebäude verlassen, was sich daran zeige, dass ihn die Schule auf verschiedenen beruflichen Stufen seither nicht mehr losgelassen habe.

Der Stadtrat und das Langenthaler Stimmvolk haben im Jahr 2011 zwei Kredite zur Sanierung der Schulhäuser Kreuzfeld 1 und Kreuzfeld 4 von knapp Fr. 20,0 Mio. plus einem Kredit zur Umsetzung des Projektes ict4kids von Fr. 4,0 Mio. deutlich zugestimmt. Investitionen in dieser Grössenordnung seien nicht alltäglich. Nach Abschluss der Sanierung sei nun konkret ersichtlich, was mit den rund Fr. 7,1 Mio. passiert sei und welcher Mehrwert daraus entstanden sei. Die Verlegung von 70km Kabel, die Anzahl der restaurierten Werke, die Wärmedämmung etc. seien sehr eindrücklich.

Das Langenthaler Parlament - früher Grosser Gemeinderat genannt - habe bis ca. 1995 im Singsaal getagt, bevor die Alte Mühle zum Sitzungslokal des Stadtrates geworden sei. Die heutige Stadtratssitzung im Singsaal abhalten zu können, erfülle ihn mit Glück und Stolz. Er danke dem Hauswart Thomas Jordi, dem Schulleiter Armin Flükiger, dem Architekten Tom Rickli, dem Restaurator Walter Ochsner, der stellvertretenden Stadtratssekretärin Mirjam Tschumi und der Protokollführerin Gaby Heiniger für die Durchführung und die Organisation der Sitzung sowie des Vorprogramms zur Sitzung am heutigen Ort. Ein spezieller Dank gebühre dem Schulleiter Armin Flükiger für das gespendete Apéro als Abschluss des Vorprogramms zur heutigen Ratssitzung.

Am Montag, 2. September 2013 habe Herr Enrico Slongo, seine Tätigkeit als Stadtbaumeister aufgenommen. Er bitte Herrn Enrico Slongo, sich dem Rat kurz vorzustellen.

Stadtbaumeister Enrico Slongo: Als neuer Langenthaler Stadtbaumeister stelle er sich der tollen Herausforderung gerne. Im Anschluss an das im Jahr 2000 abgeschlossene Architekturstudium an der ETH Lausanne habe er in Basel in einem grossen Architekturbüro gearbeitet, um das praktische Handwerk eines Architekten und Projektleiters zu lernen. Nach zirka sechs Jahren habe er das Bedürfnis gehabt etwas anderes erleben und ausprobieren zu wollen, weshalb er eine Stelle bei Rudolf Rast in Bern angetreten habe. Rudolf Rast sei vor 20 oder 30 Jahren in der Stadt Langenthal als externer begleitender Stadtplaner tätig gewesen. Bei Rudolf Rast habe er sich vermehrt mit den Themen Stadtentwicklung und Stadtplanung auseinandergesetzt und mit mehreren Gemeinden im Raum Olten-Zofingen-Aarburg sowie mit der Gemeinde Chavannes im Welschland, mit der Gemeinde Wettingen und ähnlichen Gemeinden zusammengearbeitet. Diesen Sommer habe er die vor zwei Jahren begonnene Zusatzausbildung an der ETH Zürich (Raumplanung) abgeschlossen.

Sein Werdegang sei von Städten geprägt. Er habe in Paris bei einem bekannten Stadtplaner und Architekten als Praktikant arbeiten dürfen. Wenn er heute durch die Marktgasse Langenthal gehe, denke er schmunzelnd an die Zeit zurück, als Pläne zur Verlegung von "Bsetzi-Steinen" noch Stein für Stein mit Rapidograph auf Kalk gezeichnet werden mussten, wogegen dies heute mit einem Knopfdruck oder einem Griff passiere.

Mit seiner Frau und seinen zwei Töchtern wohne er in einem Eigenheim in Muri b. Bern.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

Er freue sich auf die neue Herausforderung als Stadtbaumeister und auf die spannende Zusammenarbeit mit den Stadträten. Wer in der Stadtentwicklung und im Bereich von Stadtbauten einen Schritt weiterkommen wolle, müsse zusammenarbeiten, weil dies in einem Alleingang heute nicht mehr möglich sei.

(Applaus)

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch: Das Protokoll der Sitzung vom 19. August 2013 liege vor und könne online eingesehen werden. Unter Verdankung für dessen Verfassung erteilt er der Protokollführerin das Wort zum **Appell:**

- **35** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.¹
 - **4** Mitglieder des Stadtrates sind entschuldigt abwesend.
- **7** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend.

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch stellt zu Händen des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Das absolute Mehr an Stimmen zum Zeitpunkt des Appells (35 anwesende Stadtratsmitglieder) betrage 18. Der geschäftsführende Stadtschreiber Daniel Steiner werde die heute abwesende stellvertretenden Stadtratssekretärin Mirjam Tschumi vertreten. Der Versand der Traktandenliste sowie die Aktenaufgabe sei vorschriftsgemäss erfolgt und Bemerkungen zur Traktandenliste seien keine angemeldet worden oder vorliegend.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ Anmerkung der Protokollführung: Zum Appell sind **35** Stadtratsmitglieder anwesend. Um 19.20 Uhr (ab bzw. zur Abstimmung zur Ziffer 1, Traktandum Nr. 1 sind **36** und um 21. 15 Uhr (ab der Abstimmung des Traktandums Nr. 3) sind **35** Stadtratsmitglieder anwesend.



Wenn aber dermassen viele Anträge über das ganze Budget und auf alle Ressorts verteilt, gestellt werden - wie dies an der letzten Stadtratssitzung nach einer "Wochenend-Totomat-Übung" passiert sei - so könne er sich als zuständiger Ressortvorsteher und Gemeinderat zu diesen Anträgen politisch nicht äussern, ohne sich mit dem Gesamtgemeinderat beraten zu haben. Letztlich liege es im Verantwortungsbereich jedes einzelnen Ressortvorstehenden die entsprechenden Budgetpositionen zu vertreten oder zu verantworten.

Äusserungen seitens des Gemeinderates zu Fragen seien anlässlich jeweiliger Sitzungen nur in finanztechnischer Hinsicht möglich. Diesbezüglich bitte er um Verständnis, wenn nicht sofort jede Frage am gleichen Abend beantwortet werden könne, zumal der Budgetprozess insgesamt über ein halbes Jahr dauere und an diversen Sitzungen des Gemeinderates und der Finanzkommission behandelt werde. Es sei unmöglich alle Details eines 350-seitigen Dokuments zu kennen, um auf jede Frage sofort Antwort geben zu können.

Pascal Dietrich, GPK-Mitglied: Die bereits angesprochene Verwechslung der Begriffe Schulärzte und Schulzahnärzte auf dem Titelblatt sei von der Geschäftsprüfungskommission festgestellt worden, worauf eine korrigierte Version per Mail verschickt worden sei. Die Geschäftsprüfungskommission habe sich ferner mit dem Memo des ABiKuS vom 22. August 2013 befasst, was zur Frage geführt habe, weshalb der Gemeinderat darauf nicht reagiert und keinen Antrag gestellt habe. Die Antwort darauf laute, dass sich der Gemeinderat mit der Vorlage nicht mehr befasst habe.

Die Botschaft beinhalte auf Seite 7 eine Formulierung unter dem Titel "Personalaufwand" (erstes Lemma) folgenden Text: *"... Zivilschutzbereich. Diese zusätzlichen Stellen konnten in anderen Bereichen teilweise eingespart werden. Netto sind Kosten von rund + Fr. 0.1 Mio. daraus zu erwarten, welche allerdings grossmehrheitlich vom Kanton oder Dritten finanziert werden."* Die Geschäftsprüfungskommission habe sich gefragt, ob die Finanzierung des Kantons wirklich im engeren Sinne passiere, oder ob es sich um eine Finanzierung handle, die den Lastenausgleich betreffe, womit es sich salopp ausgedrückt zu einem grossen Teil um einen "Durchlauferhitzer" handeln würde. Der Geschäftsprüfungskommission sei bestätigt worden, dass die Finanzierung durch den Lastenausgleich erfolge.

Die Geschäftsprüfungskommission habe auch über die leere Seite 21 in der Botschaft diskutiert, was darauf zurückzuführen sei, dass die IBL ihre Zahlen erst später erstelle. Mittlerweile sei auch der Zahlenvergleich zwischen den Industriellen Betrieben (IBL) und der Stadt vorliegend.

B Detailberatung des Voranschlags 2014/Abstimmung über die zwei noch offenen Anträge der Sitzung vom 19. August 2013 sowie Abstimmung über allfällige Rückkommensanträge

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch: Auf die seitenweise Beratung des Zahlenmaterials werde verzichtet. Auf Wunsch bestehe die Gelegenheit, Rückkommensanträge zu stellen. Als Pendeuz aus der letzten Sitzung gelte es über die beiden Anträge der Jungliberalen zu beraten und abzustimmen.

Das Wort werde zuerst den Antragstellern der Jungliberalen (Stadträte Pascal Dietrich und Lukas Felber) erteilt. Dann erhalte der Gemeinderat Gelegenheit zur Stellungnahme. Im Anschluss daran werde die Beratung für den Rat eröffnet, bevor die Abstimmung über die zwei Anträge durchgeführt werde.

Pascal Dietrich: Das Memo des ABiKuS vom 22. August 2013 sei allen mit dem Stadtratsaktenversand zugestellt worden. Aufgrund neu gewonnener Erkenntnisse werde darin festgehalten, dass bei den Honoraren der Schulärzte (Konto 604.318.33) tatsächlich eine Korrektur möglich sei. Die Korrektur sei sogar in grösserem Umfang möglich, als am 19. August 2013 ursprünglich beantragt worden sei.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

Aus diesem Grund werde neu beantragt, den eingestellten Betrag im Konto 604.318.55 von Fr. 56'610.00 um Fr. 25'610.00 auf Fr. 31'000.00 (VA 2014 neu) zu kürzen.

Antrag 1

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
604.318.55	Honorare Schulärzte	56'610.00	- 25'610.00	31'000.00

Der andere bereits am 19. August 2013 gestellte Antrag betreffe das Konto 604.318.56 für die Honorare der Schulzahnärzte. Gemäss Memo des ABiKuS seien in den Rechnungsjahren 2009 - 2012 zwischen Fr. 61'200.00 und Fr. 72'000.00 abgerechnet worden. Gestützt auf diese Information werde am bereits am 19. August 2013 gestellten Antrag festgehalten, den eingestellten Betrag im Konto 604.318.56 von Fr. 97'900.00 um Fr. 10'000.00 auf Fr. 87'900.00 (VA 2014 neu) zu kürzen. Die Differenz von Fr. 15'000.00 (Fr. 87'900.00 - Fr. 72'000.00) stelle genügend Reserve dar, um allenfalls auf höhere Unterstützungsbeiträge aufgrund neuer Reglemente reagieren zu können.

Antrag 2

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
604.318.56	Honorare Schulzahnärzte/ Fachpersonal	97'900.00	- 10'000.00	87'900.00

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortbegehren zu den Anträgen vorliegen und bittet um **Abgabe der Stimmen zu den Anträgen 1 + 2:**

Antrag 1 Stadtrat Pascal Dietrich

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
604.318.55	Honorare Schulärzte	56'610.00	- 25'610.00	31'000.00

Ja Stimmen 35 **angenommen**
Nein Stimmen 0
Enthaltungen 0

Antrag 2 Stadtrat Pascal Dietrich

Konto		VA 2014	Antrag/Korrektur	VA 2014 neu
604.318.56	Honorare Schulzahnärzte/ Fachpersonal	97'900.00	- 10'000.00	87'900.00

Ja Stimmen 20 **angenommen**
Nein Stimmen 15
Enthaltungen 0

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine weiteren Anträge oder Rückkommensbegehren zu einzelnen Budgetpositionen gestellt werden.



III Abstimmung:

C Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I.):

Der Stadtrat beschliesst mit 26 Stimmen Ja gegen 2 Stimmen Nein (bei 8 Enthaltungen):

I. Der Einwohnergemeinde Langenthal wird Zustimmung beantragt zu folgendem

Gemeindebeschluss:

Die Einwohnergemeinde Langenthal beschliesst, gestützt auf Art. 35 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 16. September 2013 - unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den Positionen 604.318.55 und 604.318.56:

1. Der Voranschlag 2014 der Einwohnergemeinde, mit Aufwendungen von Fr. ~~107'946'862.00~~ **107'911'252.00** und Erträgen von Fr. 95'546'378.00, das heisst mit einem Aufwandüberschuss von Fr. ~~12'400'484.00~~ **12'364'874.00**, wird genehmigt.
2. Im Jahre 2014 sind folgende Gemeindesteuern zu erheben:
 - a) auf den Gegenständen der Staatssteuer (Einkommen, Gewinn, Vermögen, Kapital und Grundstücksgewinn/Sonderveranlagungen gemäss der kantonalen Steuergesetzgebung) das **1,38-fache** (unverändert) der gesetzlichen Einheitsansätze;
 - b) eine Liegenschaftssteuer von **1,0‰** (unverändert) des amtlichen Wertes.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

D Beratung und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 23./24. November 2013 (Beschlussesentwurf Ziffer II.)

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch gibt die Beratung zur Diskussion der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten frei.

Beat Sterchi: An der Stadtratssitzung vom 19. August 2013 habe eine Grundsatzdiskussion über die Aufgabenanalyse stattgefunden, die laut einem Versprechen von Gemeinderat Jürg Häusler gemacht werden soll. Angesichts der Tatsache, dass ein Grossteil des strukturellen Defizits durch negative kantonale Rahmenbedingungen bewirkt werde, seien seine persönlichen Erwartungen an das Analyseergebnis aber nicht ganz so optimistisch. Aus diesem Grund sei es ihm wichtig, dass auch die geplanten Investitionen und deren Folgekosten in die Aufgabenanalyse einfliessen werden. Es dürfe nicht sein, eine Aufgabenanalyse durchzuführen und gleichzeitig Investitionen zu bewilligen, deren Folgekosten das Eingesparte aber gleich wieder auffressen.

Er habe sich bei der Finanzverwaltung erkundigt, wie der Abschreibungsbetrag berechnet worden sei. Die Finanzverwaltung habe ihm mitgeteilt, dass im Moment der Budgetgenehmigung von den Fr. 15,7 Mio. - worauf die Abschreibungen bezogen und berechnet worden seien - rund Fr. 7,5 Mio. bewilligt gewesen seien. Durch das bestehende Direktabschreibungssystem werde das Defizit natürlich massiv beeinflusst. Aus diesem Grund sei er der Meinung, dass gewisse Textpassagen in der Botschaft auf den Seite 4, 8/9, 20 und 22 vorsichtiger formuliert werden müssen, **weshalb er insgesamt drei Anträge stelle:**



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

Antrag 1

Botschaftstext gelb (Seite 4 + Seite 20)	Antrag Stadtrat Beat Sterchi
Wie ist der Voranschlag der Laufenden Rechnung 2014 zu beurteilen? Der Voranschlag 2014 weist einen auf den ersten Blick hohen Aufwandüberschuss von Fr. 12.4 Mio. aus. Nach Berücksichtigung der Sonderfaktoren (zusätzlich vorgenommene [zum Teil freiwillige] Abschreibungen; Berücksichtigung der Steuersenkungen im Umfang von 1 Steueranlagezehntel von 1.48 auf 1.38) beträgt der Aufwandüberschuss jedoch "nur" Fr. 4.3 Mio. Die Gründe für die steigenden Aufwandüberschüsse liegen einerseits in den letzten Jahren stark gestiegenen Nettozahlungen an den Kanton Bern im Rahmen der Lastenausgleichsysteme und in den hohen Abschreibungskosten auf Grund der sehr ausgedehnten Investitionstätigkeit der Stadt. Andererseits wurden neue und wichtige Aufgaben übernommen (Sanierung der Kunsteisbahn AG, die Errichtung des Amtes für Bildung, Kultur und Sport und die Ausstattung der Schulen mit zeitgemässen Informatikmitteln). Parallel dazu sind die Steuererträge weniger stark angewachsen als erwartet. 	Wie ist der Voranschlag der Laufenden Rechnung 2014 zu beurteilen? Der Voranschlag 2014 weist einen ausserordentlich hohen Aufwandüberschuss von Fr. 12,4 Mio. aus. Die Gründe für dieses Defizit liegen in stark gestiegenen Nettozahlungen an den Kanton Bern im Rahmen der Lastenausgleichsysteme, in den hohen Abschreibungskosten aufgrund der überdurchschnittlichen Investitionstätigkeit der Stadt, den Folgekosten aus neuen Aufgaben (Sanierung Kunsteisbahn AG, Errichtung des Amtes für Bildung, Kultur und Sport, Ausstattung der Schulen mit zeitgemässen Informatikmitteln) und der Stagnation der prognostizierten Steuererträgen. Zu beachten ist bei der Beurteilung des Voranschlags, dass von den der Berechnung der Abschreibungen zugrundegelegten Investitionen im Zeitpunkt der Budgetgenehmigung nur rund Fr. 7,5 Mio. bewilligt sind und der Rest, insbesondere die Sanierung des Stadttheaters, noch durch das finanzkompetente Organ beschlossen werden muss. Im Weiteren ist zu berücksichtigen, dass neben den gesetzlich vorgesehenen Abschreibungen zusätzliche Amortisationen im Betrag von Fr. 3,6 Mio. vorgenommen werden, welche die Aufwandseite negativ beeinflussen. Ohne diese Sondereffekte würde der Aufwandüberschuss bei rund Fr. 4,3 Mio. liegen.

Im Text der Zusammenfassung "Wie ist der Voranschlag der Laufenden Rechnung 2014 zu beurteilen?" (Seite 4) sowie im gleichen Text (Seite 20) unter Punkt "3. Wie ist der Voranschlag 2014 zu beurteilen?" sei ausdrücklich auf Folgendes hinzuweisen: *Zu beachten ist bei der Beurteilung des Voranschlags, dass von den der Berechnung der Abschreibungen zugrundegelegten Investitionen im Zeitpunkt der Budgetgenehmigung nur rund Fr. 7,5 Mio. bewilligt sind und der Rest, insbesondere die Sanierung des Stadttheaters, noch durch das finanzkompetente Organ beschlossen werden muss.* Der restliche zur Änderung beantragte Text entspreche sinngemäss dem Vorschlag im gelben Botschaftsentwurf.

Antrag 2

Botschaftstext gelb (Seite 8/9)	Antrag Stadtrat Beat Sterchi (Textergänzung)
Abschreibungen ... Die wesentlichen Positionen betreffen: <ul style="list-style-type: none"> ▪ ▪ Ebenfalls gesetzlich nicht vorgeschrieben sind die zusätzlichen abgeschrieben (Umfang: Fr. 0.35 Mio.). 	Abschreibungen Die wesentlichen Positionen betreffen: <ul style="list-style-type: none"> ▪ ▪ Ebenfalls gesetzlich nicht vorgeschrieben sind die zusätzlichen abgeschrieben (Umfang: Fr. 0.35 Mio.). ▪ Die Abschreibungen sind auf einer Investitionsquote von Fr. 15,776 Mio. berechnet. Im Zeitpunkt der Budgetgenehmigung sind davon nur rund Fr. 7,5 Mio. bewilligt. Der Rest der Investitionen muss noch durch das finanzkompetente Organ genehmigt werden. Insbesondere unterliegt der Sanierungskredit für das Stadttheater noch der Zustimmung durch die Volksabstimmung, was je nach Ausgang die Höhe der budgetierten Abschreibungskosten wesentlich beeinflussen kann.

Auch der Text (Seite 8/9) worin die "Abschreibungen" begründet seien, bedürfe einer klaren Aussage, auf welcher Investitionsquote die Abschreibungen berechnet seien.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

Antrag 3

Botschaftstext gelb (Seite 22)	Antrag Stadtrat Beat Sterchi
--------------------------------	------------------------------

Entwicklung der Investitionen	Entwicklung der Investitionen
Die Erneuerung der steuerfinanzierten Infrastruktur zieht noch für längere Zeit hohe Investitionen nach sich. Die Sanierung der Kreuzfeld-Schulhäuser ist im Hochbau im 2014 nach wie vor die grösste Investition und bindet rund Fr. 6. Mio. Sodann steht die Stadttheater-Sanierung vor der Tür.	Die Erneuerung der steuerfinanzierten Infrastruktur zieht noch für längere Zeit hohe Investitionen nach sich. Die Sanierung der Kreuzfeld-Schulhäuser ist im Hochbau im 2014 nach wie vor die grösste Investition und bindet rund Fr. 6. Mio. Eingerechnet ist die Sanierung des Stadttheaters, obwohl das Projekt noch der Genehmigung durch die Volksabstimmung unterliegt.

Eine klare Aussage müsse auch unter dem Titel "Entwicklung der Investitionen" (Seite 22) formuliert werden, zumal der letzte Satz: "Sodann steht die Stadttheater-Sanierung vor der Tür" nicht stimme, weil dazu vorerst noch eine Volksabstimmung nötig sei. Was er bis anhin gehört habe, werde das Thema aber noch einige Diskussionen in Bezug auf die Kosten und Varianten zur Folge haben.

Mit den drei beantragten Änderungen werde der Stimmbürger klar darüber orientiert, dass die Stadt hohe Investitionen habe, dass diese jedoch zum heutigen Zeitpunkt noch nicht alle - sondern rund die Hälfte davon - bewilligt seien. Obwohl dies auch in anderen Jahren schon der Falle gewesen sei, sei diese Information aufgrund der sehr hohen Volatilität des Budgets sehr wichtig.

Im Sinne einer besseren Orientierung der Stimmbürger bitte er den drei Anträgen, die sinngemäss und aufgrund des Sachzusammenhanges eigentlich nur einen Antrag darstellen würden, zuzustimmen.

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch: Die Anträge 1 - 3 von Stadtrat Beat Sterchi seien allen Stadtratsmitgliedern schriftlich vorliegend. Er schlage vor, die Beratung der Botschaft fortzuführen und über die Anträge 1 - 3 von Stadtrat Beat Sterchi am Schluss der Beratung der Botschaft zu diskutieren und darüber abzustimmen.

- **Dem Vorschlag des Stadtratspräsidenten Daniel Steiner-Brütsch, die Anträge 1 - 3 von Stadtrat Beat Sterchi am Schluss der Beratung der Botschaft zu diskutieren und darüber abzustimmen, wird schweigend zugestimmt.**

Pascal Dietrich: Ohne einen schriftlichen Änderungsantrag beim Sekretariat des Stadtrates eingereicht zu haben, **beantrage er** - im Sinne der Aussage, die er im Namen der Geschäftsprüfungskommission bereits gemacht habe - **den letzten Satz im ersten Lemma unter dem Titel "Personalaufwand" (Seite 7) zur Präzisierung zu ändern:**

Botschaftstext gelb (Seite 7)	Antrag Stadtrat Pascal Dietrich
Personalaufwand ■ Neue Stellen v.a. im Alterszentrum Haslibrunnen, im Sozialamt und im Zivilschutzbereich. Diese zusätzlichen Stellen konnten in anderen Bereichen teilweise eingespart werden. Netto sind Kosten von rund + Fr. 0.1 Mio. daraus zu erwarten, welche allerdings grossmehrheitlich vom Kanton oder Dritten finanziert werden.	Personalaufwand ■ Neue Stellen v.a. im Alterszentrum Haslibrunnen, im Sozialamt und im Zivilschutzbereich. Diese zusätzlichen Stellen konnten in anderen Bereichen teilweise eingespart werden. Netto sind Kosten von rund + Fr. 0.1 Mio. daraus zu erwarten, welche allerdings grossmehrheitlich via den kantonalen Lastenausgleich finanziert werden.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch: Der Antrag von Stadtrat Pascal Dietrich stelle quasi eine redaktionelle Textänderung dar, weshalb er vorschläge, über den Antrag - sofern keine Einwände dagegen vorgebracht werden - sofort abzustimmen.

- **Dem Vorschlag des Stadtratspräsidenten Daniel Steiner-Brütsch, über den Antrag von Stadtrat Pascal Dietrich sofort abzustimmen, wird schweigend zugestimmt.**

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch bittet um **Abgabe der Stimme zum Antrag von Stadtrat Pascal Dietrich:**

Botschaftstext gelb (Seite 7)	Antrag Stadtrat Pascal Dietrich
<p>Personalaufwand</p> <p>....</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Neue Stellen v.a. im Alterszentrum Haslibrunnen, im Sozialamt und im Zivilschutzbereich. Diese zusätzlichen Stellen konnten in anderen Bereichen teilweise eingespart werden. Netto sind Kosten von rund + Fr. 0.1 Mio. daraus zu erwarten, welche allerdings grossmehrheitlich vom Kanton oder Dritten finanziert werden. 	<p>Personalaufwand</p> <p>....</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Neue Stellen v.a. im Alterszentrum Haslibrunnen, im Sozialamt und im Zivilschutzbereich. Diese zusätzlichen Stellen konnten in anderen Bereichen teilweise eingespart werden. Netto sind Kosten von rund + Fr. 0.1 Mio. daraus zu erwarten, welche allerdings grossmehrheitlich via den kantonalen Lastenausgleich finanziert werden.

Ja	Stimmen	33	angenommen
Nein	Stimmen	1	
Enthaltungen		2	

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch weist darauf hin, dass den Mitgliedern des Parlaments das Zahlenmaterial der im Botschaftstextentwurf vom 26. August 2013 noch leeren Seite 21 zu Beginn der heutigen Sitzung ausgehändigt worden sei.

Über den Antrag von Stadtrat Pascal Dietrich sei bereits Beschluss gefasst worden, womit nun die Diskussion und Beratung der Anträge 1 - 3 von Stadtrat Beat Sterchi eröffnet sei.

Gemeinderat Jürg Häusler: Die von Stadtrat Beat Sterchi beantragten Änderungen kommen - was die Abschreibungen betreffe - einem grundlegenden Systemwechsel gleich. Das Budget sei ein Plan der wiederum auf zwei Plänen bzw. dem Investitionsplan beruhe, worin klarerweise noch nicht alle Investitionen beschlossen seien. Er erinnere daran, dass der erwartete Realisierungsgrad von 70% - 80% der geplanten Investitionen für die bereits beschlossenen Investitionen von Fr. 7,5 Mio. nicht ausreichen werde, weshalb er namens des Gemeinderates empfehle, am bestehenden Botschaftstext festzuhalten.

Beat Sterchi: Gemeinderat Jürg Häusler scheine ihn falsch zu verstehen. Er strebe keinen Systemwechsel sondern eine zusätzliche Information an. Dies sei in anderen Jahren auch schon gemacht worden, indem gesagt worden sei, dass im Zeitpunkt der Budgetgenehmigung so und so viele Mittel und Kredite bereits bewilligt seien. Damit wisse der Stimmbürger, dass diese Investitionen gemacht werden. Das Budget sei ein Plan, worin die Investitionen richtigerweise auch enthalten seien. Er wolle die Investitionen nicht aus dem Budget streichen, sondern den Stimmbürger informieren, dass im Moment Fr. 7,5 Mio. bewilligt seien und, dass im nächsten Jahr eine weitere Tranche von rund Fr. 7,7 oder Fr. 8,0 Mio., auch noch bewilligt werden sollten. Es handle sich somit um eine zusätzlich Information in der Botschaft.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

Er persönlich sei von Bürgern angesprochen worden, die das Defizit von Fr. 12,4 Mio. als Wahnsinn bezeichnen. Er glaube, dass in der Botschaft zuwenig erklärt werde, dass auch das Geplante in das Budget aufgenommen werden müsse, wodurch das Defizit grösser werde. Obwohl das Ergebnis der einen oder anderen anstehenden Volksabstimmung nicht voraussehbar sei, müsse von einem positiven Verlauf ausgegangen werden. Im Budget selber finde damit keine Änderung statt. Er beabsichtige lediglich die zusätzliche Information in die Botschaft aufzunehmen, dass im Moment Investitionen von Fr. 7,5 Mio. bewilligt seien, denen weitere Investitionen folgen werden, die bereits im Budget enthalten seien.

Stefan Ryser: Mit den Ausführungen von Stadtrat Beat Sterchi sowie dessen Anträgen sei er grundsätzlich einverstanden, da der Bürger dadurch wirklich mehr Informationen erhalte.

Im gelben Botschaftstextenwurf vom 26. August 2013 (Seiten 4 + 20) sei unter dem Titel "Wie ist der Voranschlag der Laufenden Rechnung 2014 zu beurteilen?" festgehalten, dass unter anderem auch die Steuersenkung von 1.48 auf 1.38 einen Grund für den Aufwandüberschuss darstelle. Der Hinweis auf die Steuersenkung, welcher ebenfalls eine wichtige Information an den Stimmbürger sei, fehle aber im von Stadtrat Beat Sterchi zur Änderung beantragten Wortlaut. Er bitte Stadtrat Beat Sterchi deshalb, den fehlenden Hinweis auf die Steuersenkung in den Änderungsantrag einzufügen. **Ansonsten stelle er seinerseits Antrag, einen Hinweis auf die Steuersenkung in den Text des Änderungsantrages von Stadtrat Beat Sterchi zu integrieren.**

Beat Sterchi erklärt sich mit der Bitte von Stadtrat Stefan Ryser einverstanden und stimmt der Ergänzung seines Antrages mit dem Hinweis auf die Steuersenkung zu.

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch bittet um **Abgabe der Stimme zum Antrag 1 von Stadtrat Beat Sterchi inklusive der von Stadtrat Stefan Ryser gewünschten Textergänzung:**

Antrag 1 Stadtrat Beat Sterchi (inkl. der Textergänzung von Stadtrat Stefan Ryser)

Botschaftstext gelb (Seite 4 + Seite 20)	Antrag Stadtrat Beat Sterchi + Textergänzung Stadtrat Stefan Ryser
--	--

Wie ist der Voranschlag der Laufenden Rechnung 2014 zu beurteilen?	Wie ist der Voranschlag der Laufenden Rechnung 2014 zu beurteilen?
<p>Der Voranschlag 2014 weist einen auf den ersten Blick hohen Aufwandüberschuss von Fr. 12.4 Mio. aus. Nach Berücksichtigung der Sonderfaktoren (zusätzlich vorgenommene [zum Teil freiwillige] Abschreibungen; Berücksichtigung der Steuersenkungen im Umfang von 1 Steueranlagezehntel von 1.48 auf 1.38) beträgt der Aufwandüberschuss jedoch "nur" Fr. 4.3 Mio.</p> <p>Die Gründe für die steigenden Aufwandüberschüsse liegen einerseits in den letzten Jahren stark gestiegenen Nettozahlungen an den Kanton Bern im Rahmen der Lastenausgleichsysteme und in den hohen Abschreibungskosten auf Grund der sehr ausgedehnten Investitionstätigkeit der Stadt.</p> <p>Andererseits wurden neue und wichtige Aufgaben übernommen (Sanierung der Kunsteisbahn AG, die Errichtung des Amtes für Bildung, Kultur und Sport und die Ausstattung der Schulen mit zeitgemässen Informatikmitteln). Parallel dazu sind die Steuererträge weniger stark angewachsen als erwartet.</p> <p>....</p>	<p>Der Voranschlag 2014 weist einen ausserordentlich hohen Aufwandüberschuss von Fr. 12,4 Mio. aus. Die Gründe für dieses Defizit liegen in stark gestiegenen Nettozahlungen an den Kanton Bern im Rahmen der Lastenausgleichsysteme, in den hohen Abschreibungskosten aufgrund der überdurchschnittlichen Investitionstätigkeit der Stadt, den Folgekosten aus neuen Aufgaben (Sanierung Kunsteisbahn AG, Errichtung des Amtes für Bildung, Kultur und Sport, Ausstattung der Schulen mit zeitgemässen Informatikmitteln) und der Stagnation der prognostizierten Steuererträgen. Zu beachten ist bei der Beurteilung des Voranschlags, dass von den der Berechnung der Abschreibungen zugrundegelegten Investitionen im Zeitpunkt der Budgetgenehmigung nur rund Fr. 7,5 Mio. bewilligt sind und der Rest, insbesondere die Sanierung des Stadttheaters, noch durch das finanzkompetente Organ beschlossen werden muss. Im Weiteren ist zu berücksichtigen, dass neben den gesetzlich vorgesehenen Abschreibungen zusätzliche Amortisationen im Betrag von Fr. 3,6 Mio. vorgenommen werden, welche die Aufwandseite negativ beeinflussen. Ohne diese Sondereffekte und unter Berücksichtigung der Steuersenkungen im Umfang von einem Steueranlagezehntel von 1.48 auf 1.38 würde der Aufwandüberschuss bei rund Fr. 4,3 Mio. liegen.</p> <p>....</p>

Ja	Stimmen	34	angenommen
Nein	Stimmen	1	
Enthaltungen		1	



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch bittet um **Abgabe der Stimme zum Antrag 2 von Stadtrat Beat Sterchi**:

Antrag 2 Stadtrat Beat Sterchi

Botschaftstext gelb (Seite 8/9)	Antrag Stadtrat Beat Sterchi (Textergänzung)
---------------------------------	---

Abschreibungen	Abschreibungen
<p>...</p> <p>Die wesentlichen Positionen betreffen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ ▪ Ebenfalls gesetzlich nicht vorgeschrieben sind die zusätzlichen abgeschriebenen (Umfang: Fr. 0.35 Mio.). 	<p>....</p> <p>Die wesentlichen Positionen betreffen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ ▪ Ebenfalls gesetzlich nicht vorgeschrieben sind die zusätzlichen abgeschriebenen (Umfang: Fr. 0.35 Mio.). ▪ Die Abschreibungen sind auf einer Investitionsquote von Fr. 15,776 Mio. berechnet. Im Zeitpunkt der Budgetgenehmigung sind davon nur rund Fr. 7,5 Mio. bewilligt. Der Rest der Investitionen muss noch durch das finanzkompetente Organ genehmigt werden. Insbesondere unterliegt der Sanierungskredit für das Stadttheater noch der Zustimmung durch die Volksabstimmung, was je nach Ausgang die Höhe der budgetierten Abschreibungskosten wesentlich beeinflussen kann.

Ja	Stimmen	35	angenommen
Nein	Stimmen	0	
Enthaltungen		1	

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch bittet um **Abgabe der Stimme zum Antrag 3 von Stadtrat Beat Sterchi**:

Antrag 3 Stadtrat Beat Sterchi

Botschaftstext gelb (Seite 22)	Antrag Stadtrat Beat Sterchi
--------------------------------	-------------------------------------

Entwicklung der Investitionen	Entwicklung der Investitionen
Die Erneuerung der steuerfinanzierten Infrastruktur zieht noch für längere Zeit hohe Investitionen nach sich. Die Sanierung der Kreuzfeld-Schulhäuser ist im Hochbau im 2014 nach wie vor die grösste Investition und bindet rund Fr. 6. Mio. Sodann steht die Stadttheater-Sanierung vor der Tür.	Die Erneuerung der steuerfinanzierten Infrastruktur zieht noch für längere Zeit hohe Investitionen nach sich. Die Sanierung der Kreuzfeld-Schulhäuser ist im Hochbau im 2014 nach wie vor die grösste Investition und bindet rund Fr. 6. Mio. Eingerechnet ist die Sanierung des Stadttheaters, obwohl das Projekt noch der Genehmigung durch die Volksabstimmung unterliegt.

Ja	Stimmen	35	angenommen
Nein	Stimmen	0	
Enthaltungen		1	

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch schlägt vor, das Stadtratsbüro mit der Umsetzung der beschlossenen Änderungen im Botschaftstext zu beauftragen und diesem die Schlussredaktion zu übertragen, so dass die Botschaft am heutigen Abend formell zu Händen der Volksabstimmung verabschiedet werden könne.

- **Dem Vorschlag des Stadtratspräsidenten Daniel Steiner-Brütsch, das Stadtratsbüro mit der Schlussredaktion des Botschaftstextes zu beauftragen, wird schweigend zugestimmt.**



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren gestellt werden und bittet **um Abgabe der Stimme zu Ziffer II. des Beschlussesentwurfs** (Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 23./24. November 2013):

- **Der Stadtrat genehmigt den Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 26. August 2013 - unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen - mit 35 Stimmen Ja, gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung).**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



2. Projekt Überführung Alterszentrum Haslibrunnen (AZH) in eine Aktiengesellschaft; Genehmigung Projekt und Bewilligung Investitionskredit

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Die Renovation des Schulhauses K1 habe Fr. 7, 1 Mio. gekostet und wer heute durch die Räumlichkeiten schreite, könne sich daran erfreuen. Das Alterszentrum Haslibrunnen-Projekt dagegen, sei noch nicht soweit fortgeschritten. Das Projekt befinde sich noch auf dem Weg, um das Angebot der Stadt Langenthal für auf Langzeitpflege angewiesene Personen erweitern zu können. Heute gehe es um die Projektgenehmigung zur Überführung des Alterszentrums Haslibrunnen (AZH) in eine Aktiengesellschaft und um die Bewilligung des dazu notwendigen Investitionskredits.

Der Gemeinderat habe sich schon seit längerer Zeit mit der Frage der Langzeitpflege auseinandergesetzt und das Thema in den Regierungsrichtlinien festgehalten. Zudem seien im Stadtrat diverse parlamentarische Vorstösse eingereicht worden, die in diese Richtung tendieren. Damit das anspruchsvolle Projekt in-nerhalb nützlicher Frist umgesetzt werden könne - zumindest sollte ein entsprechender Versuch dazu un-ternommen werden - seien vom Gemeinderat gewisse Vorgaben definiert worden:

- Standortbeibehaltung am Platz des heutigen AZH
- Vergrösserung und Ausdehnung des Angebots auf maximal 152 Betten, was im Rahmen der Planung mit dem Kanton Bern in Zusammenarbeit mit der Region liege.
- Die Anzahl an Betten soll sukzessive erhöht werden können, womit eine flexible Lösung angestrebt werde.
- Das Siegerprojekt des durchgeführten Wettbewerbs soll weiterverfolgt werden.

Im Nachgang an die Definition der Vorgaben sei eine Begleitgruppe eingesetzt worden, die mit der Klärung relevanter und aller im Raum stehenden Fragen beauftragt worden sei. Die Begleitgruppe habe sich unter Anderem insbesondere mit der künftigen Rechtsform auseinandergesetzt. Die Begleitgruppe habe ihre Arbeit erledigt und einen entsprechenden Bericht abgeliefert. Der Stadtrat habe an seiner Sitzung vom 6. Mai 2013 den Bericht zustimmend (35 Stimmen Ja, 0 Stimmen Nein, 2 Enthaltungen) zur Kenntnis genommen. Damit habe der Stadtrat definiert, dass das AZH auch nach der Ausgliederung im stationären Altersbereich eine öffentliche Aufgabe darstellen soll. Der Stadtrat habe damit auch der Ausgliederung des Betriebs als auch des Eigentums des AZH in eine Aktiengesellschaft zugestimmt und die Eckwerte der Eigentümerstrategie zu Händen einer konkretisierenden, noch auszuarbeitenden Ausgliederungsvorlage verabschiedet. Das heutige Traktandum stehe in diesem Kontext, da es explizit um das Thema "Ausgliederung des AZH in eine Aktiengesellschaft" gehe. Der vorliegende Bericht und Antrag beziehe sich ausschliesslich und nur auf diesen Teil. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass im Bereich der Vorbereitung von baulichen Fragen - insbesondere an der Weiterbearbeitung des Wettbewerbsprojektes - und im Hinblick auf die Erarbeitung einer notwendigen Überbauungsordnung, parallel gearbeitet werde, um keine Zeit zu verlieren.

Heute gebe es drei Punkte zu beschliessen:

- Projektorganisation zur Umsetzung
- Investitionskredit von Fr. 234'000.00
- Abschreibungsmodalitäten des Projektierungskredits

Es gelte eine Auslegeordnung vorzunehmen und Handlungsfelder zu definieren, um ein solches Projekt angehen zu können. Bei der Gründung einer Aktiengesellschaft komme man um gewisse Bereiche nicht herum:



- Statuten entwerfen: Um Statuten entwerfen zu können, bedürfe es zu gewissen Punkten Vorstellungen zu haben (Beispiele: Grösse und Zusammensetzung des Verwaltungsrats; Höhe des Aktienkapitals). Was das Aktienkapital betreffe, so seien im Bericht der Begleitgruppe gewisse Ansätze definiert worden, die jedoch noch nicht definitiv seien.
- Beantwortung aktienrechtlicher Fragestellungen
- Konkretisierung der Eckwerte der Eigentümerstrategie
- Finanzierung des Aktienkapitals: Die Höhe einer möglichen Sacheinlage sei zu klären. Das Grundeigentum und die bestehenden Investitionen seien zu bewerten, damit die Übertragung der Stadt an die Aktiengesellschaft in Form von Sacheinlagen erfolgen könne.
- Vertragliche Regelungen: Da das Angebot weiterhin eine öffentliche Aufgabe bleiben soll, müsse sich die Stadt mit der Aktiengesellschaft vertraglich auf die zu erstrebenden Zielsetzungen einigen, wozu es vertragliche Regelungen brauche.
- Information: Das Thema sei für die Bevölkerung von grossem Interesse. Die Informationen innerhalb des Projektes seien dementsprechend hoch zu gewichten. Im jetzigen Projektplan sei vorgesehen, zwei Informationsveranstaltungen mit entsprechenden Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Eine Aktiengesellschaft zu gründen, töne vordergründig relativ einfach. Da es jedoch vorgängig wichtige Fragen zu behandeln gelte, liege das Projekt nun vor. Im Bericht und Antrag des Präsidialamtes vom 18. Juli 2013 werde die Projektorganisation definiert. Die Steuerungsgruppe sei eigentlich das für die Steuerung des Projektes zuständige Kernteam. Das Kernteam bestehe aus Reto Müller, Vizestadtpräsident und Ressortvorsteher Sozialwesen, Altersfragen und Gesundheit; Rolf Baer, Mitglied Büro des Gemeinderates und aus ihm als Stadtpräsident. Von Seiten der Verwaltung würde das Kernteam durch den geschäftsführenden Stadtschreiber Daniel Steiner und den Vorsteher des Finanzamtes Mark Bucher unterstützt.

Der Gemeinderat habe sich Gedanken betreffend eine interne Projektleitung gemacht. Das Parlament werde daran erinnert, dass im Moment verschiedene Projekte am Laufen seien: Die Regierungs- und Verwaltungsreform; Ausgliederung Pensionskasse; Überführung der Industriellen Betriebe Langenthal. Diese Projekte seien alle "wasserkopfmässig" im Präsidialamt angesiedelt, was unter Würdigung der Ressourcen zur Überlegung geführt habe, allenfalls eine breitere Abstützung in diesem Projekt (Vorbereitung des AZH Haslibrunnen in eine Aktiengesellschaft) zu finden. Der Vorschlag des Gemeinderates laute daher, neben der fachlichen Situation mit bestehenden und vorhandenen Verknüpfungspunkten, den Amtsvorsteher Soziales mit der Projektleitung zu beauftragen und die Projektadministration der Juristin des Sozialamtes zu übertragen.

Für ein Projekt dieser Art brauche es eine externe fachliche Begleitung. Vorgesehen sei für die fachliche Begleitung die service public ag zu engagieren, welche für bestimmte Fragen von der Dolder Beratungs GmbH und der T&R AG unterstützt werde.

Das Terminprogramm sehe vor, dem Parlament im März 2015 einen Bericht und Antrag vorzulegen, so dass im Juni 2015 die entsprechende Volksabstimmung durchgeführt werden könnte. Im Frühling und Herbst 2014 sei vorgesehen, Informationsveranstaltungen mit Vernehmlassungen durchzuführen. Parallel dazu werde die Überbauungsordnung vorbereitet, um ohne weiteren Zeitbedarf bereit zu sein, die baurechtliche Grundordnung voranzutreiben.

Die Kosten seien im Bericht und Antrag des Präsidialamtes vom 18. Juli 2013 zusammengestellt. Für die externe Begleitung der service public ag sei ein Kostendach von Fr. 128'000.00 (inklusive Spesen und Mehrwertsteuer) vorgesehen. Die Dolder Beratungs GmbH sei auf Altersfragen spezialisiert. Herr Dolder habe bereits die Begleitgruppe unterstützt. Für die Dolder Beratungs GmbH sei ein Kostendach von Fr. 20'000.00 (inklusive Spesen und Mehrwertsteuer) vorgesehen.



Die im Bericht und Antrag aufgeführten Notariatsleistungen von Fr. 60'000.00 seien vom Gemeinderat eliminiert worden. Da sich diese Kosten aber nicht grundsätzlich einsparen lassen, werden sie in die Umsetzungsvorlage umgelagert.

Bei der Frage der Bewertungsgutachten zur Definition der Sacheinlagen scheinen "sich die Geister zu scheiden". Von der T&R AG liege eine Offerte vor. Die richtige Höhe der Sacheinlagen bzw. deren Festlegung müsse auch politisch standhalten. Der Gemeinderat verlange ein zweckdienliches Gutachten, was von der Finanzkommission aber kritisch hinterfragt werde. Im Protokoll der Finanzkommission vom 6. August 2013 werde beantragt, auf die Bewertung einfach zu verzichten. Für die Bewertung seien Kosten von Fr. 23'000.00 vorgesehen. Darin sei der Betrag von Fr. 3'000.00 für die Erstellung einer Zweitmeinung im Kredit enthalten. Der Gemeinderat sei der Meinung, die Fr. 23'000.00 nicht einfach streichen zu können, sondern, dass sich höchstens die Frage stelle, ob das Gutachten eine zweckdienliche Methode sei. Im Protokoll der Finanzkommission sei dieser Umstand wahrscheinlich aber nicht ganz präzise wiedergegeben worden. Im Protokoll des Gemeinderates vom 21. August 2013 sei deshalb festgehalten, dass das Bewertungsgutachten grundsätzlich gebraucht werde, aber auch, dass in Bezug auf den Vergleich der DCF-Methode (Discounted Cashflow-Methode) mit der Substanzbewertungs-Methode immer noch Differenzen im Raum stehen. Er denke sagen zu dürfen, dass sich das Parlament nicht auf einen Fachstreit einlassen sollte, welche Methode nach den Regeln der Kunst angewendet werden müsse, zumal dann wahrscheinlich eine weitere Meinung eines unabhängigen Experten eingeholt werden müsste, welche Methode wirklich die richtige wäre. Er glaube sich zumindest darauf einigen zu können, dass für die Bewertung der Sacheinlagen nicht einfach Zahlen aus der Luft gegriffen werden können, sondern, dass dazu eine neutrale Bewertung gebraucht werde. Der Gemeinderat habe deshalb den von der Finanzkommission beantragten Punkt nicht aufgenommen.

Der beantragte Betrag von Fr. 234'000.00 beinhalte auch einen internen Kostenteil, der die Projektadministration betreffe. Die Juristin des Sozialamtes sei nicht zu 100% angestellt. Während der Dauer des Projektes (2 ½ bis 3 Jahre) seien mittels einer Hochrechnung Kosten von Fr. 40'000.00 berechnet worden. Dazu komme der Betrag von Fr. 20'000.00, der für Sitzungsgelder, Projektspesen und Unvorhergesehenes in den Kredit aufgenommen worden sei.

Im vorliegenden Beschlussesentwurf liege nebst dem Antrag auf Genehmigung des Projektes (Punkt 1.) und des dafür notwendigen Kredites von Fr. 234'000.00 (Punkt 2.) auch das Gesuch vor, den Abschreibungsmodalitäten (Punkt 3.) zuzustimmen, wonach die zu tätigen Ausgaben im Jahr, in dem sie anfallen, direkt über die Laufende Rechnung abgeschrieben werden. Der Grund für dieses Vorgehen liege darin, dass am Schluss und nach Umsetzung des Projektes kein Mehrwert vorliegen werde, der aktiviert und über eine bestimmte Zeitdauer abgeschrieben werden könne. Diese Kosten (zusätzliche übrige Abschreibungen) gelte es vernünftigerweise direkt im anfallenden Jahr abzuschreiben.

Patrick Freudiger, GPK-Mitglied: Die Geschäftsprüfungskommission sei für die formelle Prüfung der Geschäfte zuständig. Als Sprecher der Geschäftsprüfungskommission werde er sich strikt auf diesen Aspekt beschränken und dabei nicht schulmeisterlich wirken zu wollen, obwohl die Sitzung heute im Schulzentrum Kreuzfeld 1 stattfinde.

Die Geschäftsprüfungskommission habe zum sauber vorbereiteten Geschäft an sich keine formellrechtlichen Bedenken und stelle die formelle Richtigkeit der Vorlage fest. Die In Fragen, in denen man geteilter Meinung sein könne, seien Fragen politischer und nicht rechtlicher Natur.

In der Geschäftsprüfungskommission habe immerhin das Bewertungsgutachten für Diskussionen gesorgt. Man habe sich gefragt, ob die DCF-Methode wirklich sinnvoll sei. Wie vom Stadtpräsidenten heute ausgeführt worden sei, sei bereits der Geschäftsprüfungskommission mitgeteilt worden, dass die Modalitäten der Begutachtung noch nicht fix seien und, dass auf die suboptimale Methode noch korrigierend Einfluss genommen werden soll. Die Geschäftsprüfungskommission habe diese Information zur Kenntnis genommen und werde die zuständigen Behörden und Personen auch darauf behaften.



Roberto Di Nino, Mitglied der Finanzkommission: Die Finanzkommission habe sich an der Sitzung vom 6. August 2013 ausgiebig mit dem Thema befasst. Inhaltlich habe sich die Kommission auf den Investitionskredit konzentriert und sich weniger mit der Projektorganisation beschäftigt. Die Finanzkommission habe am Kredit einiges kritisch hinterfragt, was nach Ansicht der Mitglieder der Finanzkommission aber auch zu ihren Aufgaben gehöre. Der Investitionskredit habe damals noch auf Fr. 294'000.00 gelautet, was generell als hoch empfunden worden sei. Tatsache sei, dass die externen Kosten des Kredits durch detaillierte Richtofferten hinterlegt gewesen seien. Die Ansätze seien an für sich marktüblich gewesen. Lediglich das Mengengerüst habe den Eindruck erweckt, etwas zu vorsichtig berechnet worden zu sein. Da die Offerten nachvollziehbar gewesen seien, habe die Finanzkommission dem Geschäft im Grundsatz zugestimmt. Die Finanzkommission habe damit dem Steuerungsausschuss den Handlungsrahmen geben wollen.

Die Finanzkommission sei der Auffassung, dass solch ausserordentliche Projekte eine gewisse Toleranz erfordern, was nicht heisse, dass der Kredit zwingend ausgeschöpft werden müsse, wenn dazu keine Notwendigkeit bestehe. Diese Rahmenbedingung sei für den Entscheid der Finanzkommission sehr wichtig gewesen.

Die Finanzkommission habe mit Bezug auf den Bericht und Antrag des Präsidialamtes vom 18. Juli 2013 zwei Ausnahmen gemacht:

- Gründungskosten der neuen Gesellschaft: Eine Mehrheit der Kommission habe befürwortet, dass die Kosten nicht der Rechnung der Stadt belastet werden, sondern, dass diese von der neuen Aktiengesellschaft übernommen werden sollen. Die Finanzkommission sei entsprechend einer allgemeinen Usanz der Meinung, dass auch Gründungskosten schlussendlich zum Betrieb gehören.

Wie vom Stadtpräsidenten erwähnt, müsse über diesen Punkt heute jedoch nicht diskutiert werden, da der Gemeinderat die betreffenden Kosten aus der Vorlage herausgenommen habe und sie später als Umsetzungskosten qualifizieren werde.

- Bestimmtes und konkretes Bewertungsgutachten: Auch in der Finanzkommission habe man sich darüber unterhalten. Es würde heute Abend aber zu weit gehen, diese ganze Diskussion wiederzugeben. Fakt sei, dass die Finanzkommission dem Gemeinderat beantragt habe, das Gutachten zu streichen und den Kredit um die Fr. 23'000.00 zu reduzieren. Nach Auffassung der Finanzkommission sei der Antrag genügend begründet worden.

Da der Gemeinderat in diesem Punkt eine andere Auffassung habe, werde er sich später in der Detailberatung erlauben, darauf zurückzukommen.

Aus den dargelegten Gründen habe die Finanzkommission dem Kredit im Grundsatz - aber unter Berücksichtigung der erwähnten Einschränkungen - zugestimmt.

Anita Steiner-Thaler, EVP/glp-Fraktion: Eine grosse Mehrheit der EVP/glp-Fraktion unterstütze die vorliegende Projektierung. Die Überführung des AZH in eine Aktiengesellschaft könne auf diese Weise seriös und umfangreich geprüft vorbereitet werden. Die EVP/glp-Fraktion sei mit der breit abgestützten und kompetent aufgebauten Projektorganisation einverstanden. Auch der Terminaufwand sei nachvollziehbar. Die fachliche Begleitung der service public ag wirke kompetent, zumal diese mit der Stadt Langenthal bereits zusammengearbeitet habe.

Die EVP/glp-Fraktion unterstütze die Finanzausgabe, obschon der Investitionskredit hoch sei.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

Beatrice Greber, SP/GL-Fraktion: Im Mai 2013 habe der Stadtrat der Überführung des AZH in eine Aktiengesellschaft mit 35 Stimmen Ja bei 2 Enthaltungen zugestimmt. Heute gehe es einen grossen Schritt weiter. Die Projektorganisation und der Projektzeitplan seien sauber und übersichtlich aufgegleist worden. Der Investitionskredit von Fr. 234'000.00 für die Planung und Bewertung sei zugegebenermassen sehr hoch. Um eine gute und saubere Planung und vor Allem eine neutrale Bewertung zu erhalten, lohne sich dieser Aufwand aber. Die SP/GL-Fraktion zweifle weder am Wissen noch am Können der involvierten Fachkräfte.

Im Zeitpunkt der Ausgliederung werde es bestimmt wieder viele Diskussionen über die Bewertung der Liegenschaft geben. Aus diesem Grund biete eine neutrale und sachliche Bewertung - wie sie vom Gemeinderat beantragt werde - die beste Diskussionsbasis und eine seriöse Grundlage. Auf diese Weise könne mit gutem Gewissen eine saubere und korrekte Übergabe erhofft werden. Die SP/GL-Fraktion werde dem Antrag des Gemeinderates folgen und zustimmen.

Beatrice Lüthi, FDP/jll/BDP-Fraktion: Das Ziel bestehe klar und unbestritten darin, mittel- und langfristig ein genügendes Angebot an stationären Plätzen mit einer qualitativ hochstehende Betreuung für Betagte zu vertretbaren Kosten zu schaffen.

Sie gebe an dieser Stelle ihre persönliche Interessenverbindung bekannt, da das Thema sie - gemäss ihrer Berechnung - nämlich voll etwas angehe.

Unbestritten sei sicher auch, dass die Auslagerung des AZH und die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft die angestrebte Lösung sei, die das Gefühl vermittele, die bestehenden Vorstellungen umzusetzen zu können.

Der Gemeinderat schlage ein detailliertes Vorgehen für das Projekt inklusive der Investitionskosten von Fr. 234'000.00 vor. Eine Begleitgruppe aus Mitgliedern aller Fraktionen habe sich bereits mit der Ausgangslage, den Rahmenbedingungen, den Möglichkeiten etc. beschäftigt. Die Begleitgruppe habe am 11. Februar 2013 einen Schlussbericht abgegeben, der vom Stadtrat am 6. Mai 2013 zur Kenntnis genommen worden sei.

Die Projektorganisation erscheine der FDP/jll/BDP-Fraktion grundsätzlich in Ordnung. Gegen eine breite Abstützung sei nichts einzuwenden.

Dass die Fr. 60'000.00 Notariatskosten nicht mehr in der Vorlage vorhanden seien und später kommen werden, werde von der FDP/jll/BDP-Fraktion sehr begrüsst.

Die externen Kosten, worin der Betrag von Fr. 128'00.00 für die Firma service public ag enthalten sei, führe in der FDP/jll/BDP-Fraktion zur Frage, ob wirklich ein solcher Aufwand für Sitzungsteilnahmen notwendig sei.

Die Discountet Cashflow-Bewertungsmethode sei in der FDP/jll/BDP-Fraktion lange diskutiert worden. In der Fraktion sei man zum Schluss gekommen, diese Methode zu unterstützen. Dies aus der Überlegung heraus, dass man wissen wolle, was, wie viel und welcher Wert in die Aktiengesellschaft übergehen bzw. dieser mitgegeben werden soll, zumal es eben nicht so sei, dass die Aktiengesellschaft letztlich nur als eigene juristische Person im Eigentum der Stadt Langenthal wäre, da sich an der Aktiengesellschaft möglicherweise auch andere beteiligen werden. Die FDP/jll/BDP-Fraktion wolle den Fall "IBL" nicht wiederholen, indem die IBL wenig übernommen habe, was letztlich enorm aufgewertet worden sei, wodurch die Stadt nun ziemlich lackiert dastehe.

Die internen Kosten zeigen, dass im Personalbereich wieder aufgestockt werden soll (um 10%). Der FDP/jll/BDP-Fraktion falle auf, dass ein Projekt kaum je einmal im Rahmen der bestehenden Ressourcen abgewickelt werden könne. Die FDP/jll/BDP-Fraktion kritisiere nicht die Kosten als solche, sondern übe Kritik am Projekt, das soviel kosten soll.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

Der Fahrplan sei letztlich klar in Funktion der weiteren Arbeiten zu sehen, was also zur Frage führe, was überhaupt alles gemacht werden müsse. Ansonsten werde der Fahrplan von der FDP/jll/BDP-Fraktion als glaubwürdig erachtet. Die Situation im Oktober 2015 sei aber etwas speziell, wenn es dann um die Überführung des Personals gehen werde. Die FDP/jll/BDP-Fraktion gehe davon aus, dass der Gemeinderat einen Plan "B" präsentieren werde, um das etwas schwieriger zu überführende Personal überführen zu können.

Die bereits erwähnte Begleitgruppe - bestehend aus Mitgliedern der Fraktionen - habe an sieben Sitzungen mit Hearings teilgenommen. Bereits in der Begleitgruppe sei eine Auslegeordnung vorgenommen worden. Auch eine Eigentümerstrategie und Businesspläne seien erstellt und Haftungsfragen geklärt worden. In diesem Zusammenhang falle der FDP/jll/BDP-Fraktion im vorliegenden Antrag des Gemeinderates auf, dass der Bericht der Begleitgruppe letztlich keinen Niederschlag finde und sehr stiefmütterlich behandelt werde. Aus Sicht der FDP/jll/BDP-Fraktion wäre aber genau der Bericht der Begleitgruppe der Ausgangspunkt und eine gute Basis für die weiteren Arbeiten. Nach dem Dafürhalten der FDP/jll/BDP-Fraktion hätte dieser Bericht explizit mit dem weiteren Vorgehen verknüpft werden müssen. Die FDP/jll/BDP-Fraktion sei davon überzeugt, dass das vorliegende Projekt dadurch mit ein paar Wiederholungen und Leerläufen aufgegleist sei.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion gehe davon aus, dass die politische Akzeptanz der Vorlage letztlich schon relativ weit fortgeschritten sei, weil die Fraktionen in der Begleitgruppe das Thema bereits gemeinsam bearbeitet haben. Die Frage, ob wirklich noch Vernehmlassungen nötig seien, werde sich stellen. Nach dem Dafürhalten der FDP/jll/BDP-Fraktion hängen die bereits erledigten Vorarbeiten sowie der Bericht irgendwo im luftleeren Raum, weil der vorliegende Antrag des Gemeinderates nicht daran anknüpfe. Aus diesem Grund möchte die FDP/jll/BDP-Fraktion den vorliegenden Antrag des Gemeinderates mit dem Bericht der Begleitgruppe "verheiraten", indem die Resultate der Begleitgruppe im Antrag berücksichtigt und eingearbeitet werden. Damit würde nebst dem Aufwand auch Zeit und etwas Geld gespart. **Die FDP/jll/BDP-Fraktion beantrage deshalb einstimmig die Rückweisung der Vorlage zur Redimensionierung des Projektes an den Gemeinderat.**

Die FDP/jll/BDP-Fraktion wolle dem ganzen Projekt etwas die Luft rauslassen und vor Allem an den Bericht der Begleitgruppe anknüpfen, der in organisatorischer wie fachlicher und damit in materieller Hinsicht einen guten Ausgangspunkt liefere. Sollte die Rückweisung vom Parlament nicht akzeptiert werden, dann lehne die FDP/jll/BDP-Fraktion den Antrag des Gemeinderates grossmehrheitlich ab.

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch gibt den Rückweisungsantrag der FDP/jll/BDP-Fraktion zur Beratung frei, um im Grundsatz darüber zu befinden, ob das Geschäft weiterbehandelt werden kann oder nicht.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Das Votum von Stadträtin Beatrice Lüthi lasse eigentlich darauf schliessen, dass eigentlich alles gut daran sei. Die Begleitgruppe sei gut, die Projektorganisation sei grundsätzlich gut, der Terminplan sei gut, wobei aber noch ein Plan "B" ausgearbeitet werden soll. Er nehme an, dass die Forderung nach einem Plan "B" als Auftrag zu verstehen sei, mit dem sich wohl die Steuerungsgruppe auseinandersetzen müsse. Mit dieser Forderung sei seiner Meinung nach der zeitliche Engpass, der zum Abschluss bestehen könnte, wenn es um die personellen Frage gehen werde, bereits heute geortet.

Die Vorlage basiere auf dem Bericht der Begleitgruppe. Die Begleitgruppe habe eine Auslegeordnung gemacht, sich mit den möglichen Auslagerungsvarianten befasst und klare Anträge gestellt, die so übernommen worden seien. Die Aussage, dass die Begleitgruppe schon eine Eigentümerstrategie vorgelegt habe, wage er zu bezweifeln. Wenn dem so wäre, hätte mehr oder weniger darauf aufbauend eine Abstimmung bereits durchgeführt werden können, obwohl er sich nicht sicher sei, dass dieses Vorgehen im Stadtrat Stand halten würde. Andernfalls bestehe die Möglichkeit, ihm heute Abend alle relevanten Fragen zu stellen, die dann im Parlament gestellt werden, wenn der Bericht und Antrag traktandiert sei.



So einfach sei es aber nicht, die Vorlage zurückzunehmen und damit die Begleitgruppenarbeit mehr zu würdigen. Die Begleitgruppe erfahre seiner Ansicht nach genug Würdigung, da sogar mit der gleichen Begleitorganisation basierend auf den vom Stadtrat am 6. Mai 2013 gutgeheissen Anträgen weitergearbeitet werde. Die Thematik habe eine gewisse Komplexität. Demgemäss spüre er nicht, wo genau mit diesem Vorgehen Geld eingespart werden soll, zumal die Bewertung aus Sicht der FDP/jll/BDP-Fraktion ja grundsätzlich gemacht werden soll. Somit müssten wohl in der Begleitorganisation Einsparungen vorgenommen werden, indem weniger Sitzungen durchgeführt würden. Allenfalls müsste man sich auch überlegen, ob die geplanten Informationen noch nötig seien, da ja schon alles klar sei. Da es aber letztlich um eine Volksabstimmung gehe, sei er sich nicht sicher, ob dies zielführend wäre, da dieses Thema wie das Thema Stadttheater in der Bevölkerung gut verankert werden müsse. Er persönlich räume dem Vorhaben, Geld einsparen zu können, keine grosse Chance ein. Die Forderung sei sehr wage formuliert und verberge die Erwartung, das Gleiche mit weniger Geld zu wollen.

Es gehe heute um ein Projekt und den dafür notwendigen Projektkredit. Am Ende einer ganzen Phase, bei Abrechnung eines Kredites, werde gejubelt, wenn der Kredit unterschritten werde. Wenn der Kredit eingehalten werde, sei das auch noch gut. Eine Kreditüberschreitung dagegen sei ein Problem. Schon am Anfang eines Projektes abschätzen zu können, was bis zum Schluss wirklich alles gebraucht werde, sei aber schwierig. Demgemäss sei auch die Bemerkung, dass das Mengengerüst etwas zu vorsichtig berechnet worden sei, unbegründet. Natürlich könne schon zu Anbeginn das Minimum gewählt werden, womit aber die Chance gross sei, dass Ziel zu verfehlen, was im Rat bestimmt eine Diskussion in die andere Richtung auslösen würde. Das Projekt befinde sich noch nicht in der Phase der konkreten Aufgabenverteilung. Die Aufgabenverteilung sei Bestandteil des Projektes, die von der Steuerungsgruppe - basierend auf der Auslegeordnung - ausgelöst werden müsse. In diesem Zusammenhang sei er der Meinung, dem Antrag der FDP/jll/BDP-Fraktion nicht zustimmen zu müssen, zumal er nicht wisse, was genau an die Hand genommen werden soll, ausser dass das Ganze günstiger werden soll.

Patrick Freudiger, SVP-Fraktion: Die Sitzungsleitung zwingt ihn dazu, das geplante Votum in zwei Teilen vorzubringen. Für die dadurch entstehende Verzögerung sei demnach nicht er verantwortlich.

Das Geschäft an sich und damit auch die Option der Rückweisung sei auch in der SVP-Fraktion diskutiert worden. Für den Rückweisungsantrag der FDP/jll/BDP-Fraktion werde somit durchaus ein gewisses Verständnis aufgebracht, weil der Antrag für den Projektierungskredit wahrhaftig eine stolze Höhe aufweise. Trotzdem sei die SVP-Fraktion zur Ansicht gelangt, dass die Rückweisung des Geschäftes nicht die optimale Lösung wäre, weil die Überzeugung fehle, dass eine echt verbesserte bzw. billigere Variante vorliegen würde, wenn das Geschäft wieder in den Stadtrat käme. Die SVP-Fraktion sehe eine konkrete Einflussnahme auf die Kosten mit Blick auf eine Kreditüberschreitung eher in der weiteren Ausarbeitung.

Die SVP-Fraktion sehe konkret vor, dass die bereits in ihrer Zusammensetzung bestehende Begleitgruppe weiterbestehen soll, um kritisch Einfluss nehmen zu können und möglicherweise auf eine effizientere Abwicklung hin arbeiten zu können. Die SVP-Fraktion sehe auch Verbesserungspotential in der Projektleitung. Trotz einer gewissen Sympathie für den Rückweisungsantrag der FDP/jll/BDP-Fraktion, werde diesem nicht zugestimmt. Die SVP-Fraktion ziehe es vor, im Verlauf der weiteren Abwicklung des Prozesses konstruktiv Einfluss zu nehmen.

Beat Sterchi: Als ehemaliges Mitglied der Begleitgruppe möchte er vom Gemeinderat gerne wissen, was mit dem Bewertungsgutachten erzielt werden soll?

Er habe den Bericht und die Offerte der T&R AG verglichen und mit Erstaunen festgestellt, dass alles, was auf Seite 4 der Offerte unter dem Titel "Zahlenbericht" (Plan-Bilanz 2015-2020; Plan-Erfolgsrechnung 2015-2020; Plan-Geldflussrechnung; Umsatzplan, Personalplan, Abschreibungsplan; Kennzahlen zur Produktivitäts-, Kosten und Rentabilitätsentwicklung) aufgeführt sei, von Herrn Dolder bereits erledigt worden sei. Die Ergebnisse seien im Bericht auch entsprechend kommentiert. Er verlange Auskunft vom Gemeinderat, ob man mit den Analysezahlen von Herrn Dolder nicht einverstanden sei, dass eine Überprüfung durch einen Dritten erfolgen soll, oder ob die Arbeit doppelt gemacht werden soll?



In der Begleitgruppe seien Hearings gemacht worden. Ein Hearing habe mit der Betagtenzentrum Emmen AG stattgefunden, die den genau gleichen Prozesse durchgemacht habe, wie dies dem AZH bevorstehe. In diesem Hearing habe der Referent interessanterweise gesagt, dass sich die Anwendung der DCF-Bewertungs-Methode in Emmen im Nachhinein als falsch erwiesen habe. Der Überführungspreis sei damit einfach hochgedrückt worden, was in der Volksabstimmung aufgrund eines zu hohen Aktienkapitals zu Schwierigkeiten geführt habe. Der Referent habe von diesem Vorgehen abgeraten und empfohlen, die alte (abzureisende) Immobilie vorerst zu bewerten, was eine Sacheinlage zu einem sehr wahrscheinlich reduzierten Preis im Betrag von ca. Fr. 1,0 bis 1,5 Mio. ergeben würde, womit die Aktiengesellschaft - angefangen mit 50 Plätzen - aber existieren könnte. In einer zweiten Etappe müsste die Finanzierung des Neubaus vom Verwaltungsrat sichergestellt werden, was nach diversen Entscheidungen verlange (Notwendigkeit einer Kapitalerhöhung? Darlehensbedarf? Bankfinanzierung? etc.). Im Übrigen sei dieses Vorgehen mit Herrn Dolder damals besprochen worden. Er persönlich sei der Meinung, dass das Gutachten der T&R AG wie die Notariatskosten in dieser Projektphase nichts zu suchen habe und dementsprechend ebenfalls in die zweite Etappe des Projektes gehöre.

Seiner Ansicht nach brauche es - was aber nicht vorhanden sei - ein Gutachten über die Immobilien. Der Wert der Immobilien müsse bekannt sein. Dieser Punkt - welcher aus seiner persönlichen Erfahrung etwa Fr. 5'000.00 - Fr. 6'000.00 kosten könne - sei in der vorliegenden Offerte aber nicht enthalten. Aus diesem Grund habe er für den Rückweisungsantrag der FDP/jll/BDP-Fraktion gewisse Sympathien und verlange vom Gemeinderat eine Stellungnahme, was dieser sich vorstelle, da die vorliegende Vorgehensweise in der Begleitgruppe, die klare Auskünfte eingeholt habe, auf keinen Fall so diskutiert worden sei. Die Diskussion in der Begleitgruppe sei im Bericht der Begleitgruppe leider nur sehr pauschal wiedergegeben, aber die Unterlagen dazu seien vorhanden. Unter der Rubrik "Eröffnungsbilanz" sei das Gesagte des Herrn aus der Betagtenzentrum Emmen AG schriftlich festgehalten.

Markus Gfeller: Ohne bereits Gesagtes wiederholen zu wollen, halte er trotzdem fest, dass die Begleitgruppe mit den gleichen Beratern, die nun wieder für eine Zusammenarbeit vorgesehen seien, einen Bericht im Umfang von rund 43 Seiten plus Beilagen bereits erarbeitet habe. Der Stadtpräsident habe in seinem Eingangsvotum eigentlich sehr schön gesagt, dass die Begleitgruppe den Auftrag gehabt habe, alle relevanten Fragen abzuklären, was sie ja auch getan habe. Damit gehe es eigentlich mehr darum, die Umsetzung der Ausgliederung für die nächste Phase vorzubereiten.

Er teile die Auffassung des Stadtpräsidenten, dass die Eigentümerstrategie von der Begleitgruppe natürlich nicht ausformuliert worden sei. Nichts desto Trotz habe die Begleitgruppe aber recht zahlreiche Hinweise geliefert, in welche Richtung sich die Eigentümerstrategie bewegen könnte.

Sehr viel Sympathie bringe er auch für die Finanzkommission auf, die gesagt habe, dass die Tagesansätze der eingegangenen Offerten an und für sich in Ordnung seien, dass aber - wie Stadtrat Roberto Di Nino sehr schön ausgedrückt habe - das Mengengerüst etwas gut dotiert worden sei. Er arbeite zum Teil auch als Berater und müsse zugeben, wenn er einen Auftraggeber habe, der sage "komm doch einfach für 14 Tage", dann gehe er 14 Tage hin und habe auch 14 Tage etwas zu erzählen, was aber vielleicht auch in 7 Tagen erzählt werden könnte.

Er sei davon überzeugt, dass das Gleiche was für Fr. 128'000.00 zu haben sei, andernorts innerhalb eines Kreditbetrages zu haben wäre, der in der Kompetenz des Gemeinderates liegen würde.

Dass nach der intensiven Arbeitsphase in der Begleitgruppe nochmals soviel Geld nur zur Vorbereitung der Umsetzung ausgegeben werden soll, zumal die meisten Informationen zumindest in Brouillonform bereits vorliegen und für die Volksabstimmung quasi nur noch sauber ausformuliert werden müssten, stelle für die FDP/jll/BDP-Fraktion ganz klar ein Killerkriterium dar.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

Er sei davon überzeugt, dass eine Diskussion über die Bewertung mit jemandem, der schon einmal eine Bewertung durchgeführt habe, zu keinem Ergebnis führe, weil damit wahrscheinlich mehr Meinungen als Leute zum Vorschein kämen. Er sehe diesen Punkt betreffend kein Weiterkommen und denke, dass im Rahmen der Umsetzung des Gutachtens entschieden werden müsse, welche Methode schlussendlich zum richtigen Ziel führe. Wenn die Aussage von Stadtrat Beat Sterchi berücksichtigt werde, lasse sich möglicherweise auch noch eine Phase finden, worin wirklich nur eine Immobilienbewertung und nicht die Unternehmungsbewertung ausreichend sei.

Die FDP/jll/BDP-Fraktion halte daran fest, dass die ganze Geschichte zu aufwändig und zu teuer sei. Die FDP/jll/BDP-Fraktion wolle wie der Gemeinderat auch eine Vorlage, die dem Stimmbürger unterbreitet werden könne, dies aber zu einem deutlich tieferen Preis. Persönlich sei er davon überzeugt, dass über die Vorlage im heutigen Umfang gar nicht diskutiert würde, wenn vor ein paar Jahren die onyx-Aktien nicht verkauft worden wären.

Stadträsident Thomas Rufener: Verschiedene Fachleute seien am Rednerpult gestanden. Stadtrat Markus Gfeller als ein im Beratungsbereich Tätiger wisse, dass kürzlich in einem anderen Verfahren eine Aussage von Fachleuten widerlegt worden sei. Die T&R AG habe entsprechend der Auftragsformulierung eine Methode offeriert, um die Sacheinlagen bestimmen zu können. Wenn natürlich vom Gemeinderat und letztendlich von ihm als Stadträsident verlangt werde, alle Methoden der jeweiligen Fachwelt kennen zu müssen und wissen zu müssen, welche der Methoden die richtige sei und nicht widerlegt werden könne, dann müsse er sich seinerseits schon die Frage stellen, ob die Aussage von Stadtrat Beat Sterchi, die wiederum auf einer Aussage basiere, die einmal an einem durchgeführten Hearing gemacht worden sei, für bare Münze genommen werden soll und könne. Allen sei genau bekannt, dass sich die Begleitgruppe bewussterweise auf einer Ebene befinde, die nicht bis auf den Boden reiche, weil nicht bekannt gewesen sei, ob die Anträge der Begleitgruppe aufgenommen werden. Die Ansätze der Begleitgruppe seien dann in groben Ansätzen mit dem entsprechenden Willen aufgenommen worden, damit weiterfahren zu wollen. Jetzt aber einfach zu meinen, dass die Begleitgruppe abschliessend pfannenfertige Arbeiten vorgelegt habe, wage er anzuzweifeln. Businesspläne seien zwar vorhanden, aber Abklärungen in allen Teilen bis zu den Detailfragen seien richtigerweise damit nicht erfolgt.

Dass Fr. 234'000.00 ein stolzer Betrag sei, sei klar. Wenn sich der Rat mit einer anderen Flughöhe einverstanden erklären würde und auch darauf verzichten würde, kritische Fragen zur Thematik zu stellen - wie sie im Vorfeld bereits diskutiert worden seien - dann liesse sich vielleicht eine Lösung auf einer anderen Ebene finden. Erfahrungsgemäss wäre dieses Vorgehen aber vermutlich nicht zielführend, weil es Abklärungen brauche.

Die Kommunikation sei ein weiterer wichtiger Punkt, der halt auch Kosten verursache. Bis anhin habe eine Kommunikation an die Bevölkerung zu diesem Thema noch nicht stattgefunden. Bisher sei die Begleitgruppe am Werk gewesen. Dann sei das Parlament einbezogen worden, welches die Anträge der Begleitgruppe aufgenommen habe. Eine Kommunikation an die Bevölkerung sei damit aber noch nicht erfolgt. In diesem Zusammenhang gelte es die geplanten Informationsveranstaltungen auch umzusetzen.

Er zweifle daran, mit weniger Geld das Gleiche zu erreichen. Inwiefern man sich mit dem Vorgehen einverstanden erklären könne oder nicht, hänge auch von der Abklärungstiefe ab. Speziell die Sacheinlagen werden eine dominante Rolle spielen, wenn es darauf ankomme, die Aktiengesellschaft mit genügend Aktienkapital auszugestalten.

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch bittet um Stimmabgabe zum Rückweisungsantrag der FDP/jll/BDP-Fraktion zur Redimensionierung der Vorlage:

- **Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag der FDP/jll/BDP-Fraktion zur Redimensionierung der Vorlage mit 10 Stimmen Ja gegen 23 Stimmen Nein (bei 3 Enthaltungen) ab.**

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch stellt zu Händen des Protokolls fest, dass die Detailberatung weitergeführt werden kann und gibt die Vorlage zur weiteren Beratung frei.



Patrick Freudiger, SVP-Fraktion: Ohne die Grundsatz-Plädoyers seiner Vorredner zur Alterspolitik wiederholen zu wollen, halte er fest, als unter 30-Jähriger unverdächtig zu wirken, wenn er der Meinung sei, dass Langenthal eine Alterspolitik brauche.

In diesem Zusammenhang sei für die SVP-Fraktion klar, dass es nicht nur ein Alterszentrum Haslibrunnen in Form der Aktiengesellschaft brauche, da es auch noch die Stiftung Lindenhof gebe. Es werde die Aufgabe der Stadtverwaltung aber auch die Aufgabe der Stadträte sein, bei der weiteren Ausarbeitung der Prozesse die Bedürfnisse des Lindenhofs nicht zu vergessen. Wo Kooperationsformen möglich seien, sollen diese in Angriff genommen werden. Eine gemeinsame Trägerschaft wäre möglicherweise keine schlechte Idee.

Der SVP-Fraktion sei im Übrigen klar, dass die Teilnahme von Privaten an der Aktiengesellschaft möglich sein müsse. Bei Betrachtung der Offerte der Krnetal|Gurtner falle auf, dass von einem Gesellschaftskapital im Betrag von Fr. 20,0 Mio. ausgegangen werde. Mit den jährlichen Defiziten werde die Stadt Langenthal auch vernünftigerweise nicht Fr. 20,0 Mio. selber einbringen können. Darum werde es nötig sein, Private mitzubeteiligen. In welchem Ausmass dies geschehen soll, sei selbstverständlich eine andere Frage. Zudem werde die Eigentümerstrategie die ersten Richtwerte setzen.

Im Übrigen müsse klar sein, dass die Anzahl betagter Leute zunehme. Auch die Anzahl Leute, die stationärer Betreuung bedürfen, werde zunehmen. Trotzdem gelte der von der Gesundheits- und Fürsorgedirektion empfohlene Grundsatz: "Daheim vor Heim", wonach wenn immer möglich intern betreut werden soll.

Für die SVP-Fraktion sei die Projektorganisation in der vorliegend aufgelegten Form grundsätzlich in Ordnung. Aus diesem Grund sei die SVP-Fraktion auch dem Rückweisungsantrag der FDP/jll/BDP-Fraktion kritisch gegenübergestanden. Trotzdem weise die Projektorganisation in einigen Punkten aber durchaus Verbesserungspotential auf:

- Die Ausgabeposten seien teilweise nicht nur sehr hoch, sondern im Fall des Bewertungsgutachtens auch sehr fragwürdig. Die DCF-Methode sei für sehr renditeorientierte Objekte gemacht, wo sie durchaus Sinn mache. Am Schluss liege damit eine Zahl mit Prognosecharakter vor. Bei Altersheimbewertungen sei die Anwendung der DCF-Methode aber zumindest sehr unüblich, weil man es mit einem Markt zu tun habe, der hoch reglementiert sei und der eine ausgesprochene Staatsnähe aufweise. Die Anwendung der renditeorientierten DCF-Methode sei aus Sicht der SVP-Fraktion sehr fragwürdig.

In der Offerte als Beilage zu den Stadtratsakten sei zu lesen, dass die Bewertung unter Vorbehalt der stadträtlichen Zustimmung ausgeführt werde. Die T&R AG werde an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass hiermit ein Vorbehalt deponiert werde, weil die SVP-Fraktion mit der DCF-Bewertungsmethode nicht einverstanden sei.

- Der Vorsteher des Sozialamtes sei für die Projektleitung vorgesehen. Die folgende Aussage dürfe nicht als Misstrauensvotum gegenüber Herrn Adrian Vonrüti verstanden werden, der nach Ansicht der SVP-Fraktion ausgezeichnete Arbeit leiste.

Laut Aussage des Stadtpräsidenten sei das Präsidialamt mit verschiedenen Ausgliederungsprojekten bereits sehr ausgelastet. Auf diese Aussage entgegne er, dass das Sozialamt und namentlich Herr Adrian Vonrüti auch bereits sehr ausgelastet sei. Adrian Vonrüti wirke beispielsweise stark im Sicherheitsprojekt mit und habe viele sozialpolitische Herausforderungen anzugehen.

In der Sozialpolitik herrsche der Grundsatz, dass eine Stelle angetreten werden soll, anstatt Sozialhilfe zu beziehen, womit das Sozialamt gefordert werde. Es gebe immer mehr Sozialhilfekosten, wodurch das Sozialamt gefordert sei. Auch bei der Reintegration von Arbeitstätigen werde das Sozialamt gefordert. Die SVP-Fraktion sei davon überzeugt, dass das Sozialamt heute bereits stark ausgelastet sei. Ausserdem stelle die Projektleitung keine Aufgabe dar, die primär einen Sozialamt-Charakter aufweise. Die Hauptfrage laute, wie die Stadt Langenthal ihre Aufgabe optimal erfüllen könne und welches die richtige Form und Eigentümerstrategie dafür sei, was primär eine ordnungspolitische Frage und keine sozialpolitische Frage sei.



Auch angesichts der Dimension von Fr. 20,0 Mio. finde die SVP-Fraktion es nicht optimal, die Projektleitung dem Sozialamt zu übertragen. Dieser Punkt sei im Übrigen bereits in der letzten Diskussion betreffend das AZH deutlich - aber leider offenbar vergeblich - von SVP-Fraktion angebracht worden.

- Alle im Rat seien sich einig gewesen, dass die Begleitgruppe sehr gute Arbeit geleistet habe. Trotzdem soll sie in der weiteren Ausarbeitung jetzt nicht mehr mitwirken können, was von der SVP-Fraktion als Fehler erachtet werde. Ein Projekt in dieser Dimension müsse auch weiterhin auf eine breite politische Mitwirkung zählen können. Der Steuerungsausschuss sei aus Sicht der SVP-Fraktion zu eng zusammengesetzt. Angesichts der Tatsache, dass jetzt die wichtigste Phase der Ausarbeitung des AZH-Projektes anstehe, worin es darum gehe, wie die Eigentümerstrategie, der Vertrag mit der Stadt und die Statuten aussehen sollen. Damit sei der entscheidende Moment gekommen, um die Weichen für die Gestaltung des künftigen Gesichts der Aktiengesellschaft zu stellen, da allein mit der Aussage eine Aktiengesellschaft gründen zu wollen, noch nichts gewonnen sei. Er erinnere an die RUAG, bei der - wenn sie etwas mehr Umsatz erziele - die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) auf die Barrikaden steige, was ja so nicht angehen könne. Mit der Aktiengesellschaft allein bestehe aber noch keine Gewähr, dass auch eine operative Freiheit herrsche. Wichtig sei deshalb, wie die Aktiengesellschaft ausgestaltet sei. Dieser Schritt werde nun in Angriff genommen.

Demgegenüber sei die erste Vernehmlassung, in die der Rat wieder involviert werden soll, für Februar 2014 geplant. Bis Februar 2014 werde der Entwurf der Eigentümerstrategie vorliegen. Bis dahin werde man sich auch Gedanken über die Statuten und den Vertrag gemacht haben. Bis im Februar 2014 werde somit viel vorgeleistet sein, woraus möglicherweise sogar wieder Sachzwänge entstehen können. Aus diesem Grund wolle die SVP-Fraktion, dass die Begleitgruppe in der anstehenden, entscheidenden Phase weitergeführt werde.

Die SVP-Fraktion stelle - in der Hoffnung damit auch den Bedenken der Freisinnigen entgegenzukommen - zwei konkrete Anträge:



Stadtrat
Montag, 16. September 2013, Traktandum Nr. 2

Anträge der SVP-Fraktion:

1. Die Projektorganisation ist wie folgt zu ergänzen:

Im Steuerungsausschuss (= Kernteam) nimmt neben Thomas Rufener (Stadtpräsident und Vorsitzender), Reto Müller (stv. Stadtpräsident und stv. Vorsitzender) sowie Rolf Baer (Mitglied Büro des Gemeinderates) zusätzlich je ein Mitglied der stadt-rätlichen Fraktionen Einsitz.

2. Die Projektleitung ist nicht durch den Vorsteher des Sozialamtes wahrzunehmen.

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine geeignete interne Projektleitung zu bestimmen.

Punkt 1. betreffe den Steuerungsausschuss. Die SVP-Fraktion wolle, dass der Steuerungsausschuss bestehend aus den Personen Thomas Rufener, Reto Müller, Rolf Baer und den ständigen Begleitern **mit je einem Mitglied aus den stadträtlichen Fraktionen ergänzt werde**. Dieses Instrument sei bereits im Model IBL mit Erfolg eingesetzt worden. Die Mehrkosten werden marginaler Natur sein. Zudem sei mit diesem Antrag keine Rückweisung verbunden.

Punkt 2. betreffe die Projektleitung. Die SVP-Fraktion erachte die Projektleitung im Sozialamt als suboptimal, **weshalb eine andere interne Projektleitung gewollt werde**. Gegenüber dem vorgeschlagenen Projektkredit werde auch diese Änderung keine Mehrkosten verursachen. Die SVP-Fraktion wolle dem Gemeinderat die notwendige Freiheit lassen, hier eine geeignete bzw. geeignetere Lösung zu finden.

Stadtrat Roberto Di Nino werde sich im Übrigen noch als Einzelsprechender zu den Krediten bzw. zum Kreditbewertungsgutachten äussern. Diese Äusserungen werden auch im Namen der SVP-Fraktion erfolgen.



Stadtratspräsident Daniel Steier-Brütsch stellt zu Händen des Protokolls fest, dass mit dem Votum von Stadtrat Patrick Freudiger die Detailberatung der Fraktionssprechenden formal abgeschlossen worden sei, womit die Detailberatung nun für die allgemeine Umfrage sowie für die Beratung der zwei Anträge der SVP-Fraktion betreffend die Projektorganisation und Projektleitung offen sei.

Stefan Ryser: Mit den vorangegangenen Votanten sei er nicht einverstanden. Im Februar 2014 soll erstmals über eine Eigentümerstrategie diskutiert, informiert oder was auch immer werden. In Anbetracht der Tatsache, dass jetzt bereits September sei, werde es wohl kaum möglich sein, dieses Thema rascher aufs Tapet zu bringen.

Er nehme an, dass sich der Gemeinderat Überlegungen gemacht habe, weshalb der Vorsteher des Sozialwesens als Projektleiter eingesetzt werden soll. Er nehme auch an, dass der Vorsteher des Sozialamtes in Bezug auf die Ressourcen angefragt worden sei und nicht einfach zu einer Projektleitung verknurrt worden sei. Weshalb nun im Sinne des Antrages der SVP-Fraktion irgend jemand anderes - aber auch jemand internes - die Projektleitung übernehmen soll, sehe er nicht ein. Er glaube, dass wahrscheinlich alle internen Ressourcen geprüft worden seien, worauf die Wahl auf die schlaueste und beste Variante gefallen sei. Weshalb nun intern eine neue Lösung gesucht werden soll, verstehe er nicht.

Ob mit dem ersten Antrag der SVP-Fraktion betreffend die Projektorganisation der richtige Weg eingeschlagen werde, bedürfe seinerseits noch Überlegungen, da er das Gefühl habe, dass ein zu grosses Gremium im Steuerungsapparat eher hindernd als fördernd wirke. Ausserdem gebe es für Parlamentarier sowie für andere auch relativ viele Möglichkeiten, um Einfluss zu nehmen und Informationen zu erhalten.

Roberto Di Nino: Obwohl über das Bewertungsgutachten heute Abend schon viel gesprochen worden sei, bleibe ihm nichts anderes übrig, als noch einmal darauf zurückzukommen.

Es gehe ihm keineswegs darum, ein Fachseminar über die richtige Bewertungsmethode eines Altersheims abhalten zu wollen. Da der Gemeinderat die Frage mit seinem Beschluss aber selber zu einer politischen Frage gemacht habe, müsse die Bewertungsmethode nun thematisiert werden. Er erinnere an den Bericht und Antrag, worin explizit festgehalten sei, dass am Bewertungsgutachten nach der DCF-Methode festzuhalten sei. Dazu halte er kurz und klar fest, dass das Gutachten, so wie es der Gemeinderat wolle, im Hinblick auf die innerhalb des Projektes bestehende Zielsetzung, absolut wertlos sei.

Dass es eine Sacheinlage geben werde, sei klar und unbestritten. Dafür werde auch eine Bewertungsbasis gebraucht, wofür es ihm aber jetzt gar nicht gehe. Aus seiner Sicht sei jedoch ein klarer Fehler gemacht worden, weil von der Projektleitung nicht abgeklärt worden sei, was es konkret brauche. Vor allem sei auch nicht abgeklärt worden, was überhaupt möglich sei. Mit der heutigen in der Stadt vorhandenen Datenbasis sei es ganz einfach und objektiv betrachtet so, dass die Bewertung - so wie sie vom Gemeinderat angedacht worden sei - gar kein vernünftiges Ergebnis bringen könne.

Irritiert habe ihn auch, dass das Gutachten eigentlich schon im Mai in Auftrag gegeben worden sei. Dies selbstverständlich unter dem Vorbehalt, dass der Kredit vom Stadtrat genehmigt werde. Aus den Akten gehe aber klar hervor, dass mit der Zustimmung zum Investitionskredit durch den Stadtrat der eigentliche Startschuss für das Bewertungsgutachten gegeben werde. Er erinnere an das Datum, an dem die Gründung der Aktiengesellschaft überhaupt erfolgen soll. Soweit zum Voraus eine Bewertung machen zu wollen, gehe im Meccano nicht auf. Er finde, dass die Thematik stadintern zu wenig abgeklärt worden sei. Offenbar habe auch mit dem Finanzamt keine Abstimmung stattgefunden.

Nach betriebener Recherche zum Thema stehe für ihn die Tatsache fest, dass im Moment weder mit der DCF-Methode, noch mit irgend einer anderen Methode eine vernünftige Bewertung der Sacheinlage vorgenommen werden könne. Der Grund liege darin, dass zuerst und innerhalb der Stadtverwaltung gewisse Grundlagenarbeit geleistet werden müssen. Erst wenn diese vorliegen, könne eine Standortbestimmung vorgenommen und definiert werden, welche Bewertung gebraucht werde - wobei die DCF-Methode aber sicher weder jetzt noch später gebraucht werde. Wenn das Gutachten im Sinne des Gemeinderatsbeschlusses in Auftrag gegeben werde, werde ein Papiertiger produziert, der niemandem etwas nütze.



Die Fr. 23'000.00 - welche immerhin 10% des Kredites ausmachen - könne man sich schlicht und ergreifend ersparen.

Er appelliere an Stadtpräsident Thomas Rufener die Auftragserteilung zu stoppen und die Sachlage noch einmal zu prüfen. Er verzichte auf einen Kürzungsantrag zum Kredit. Wie bereits gesagt, müssen zuerst innerhalb der Stadtverwaltung gewisse Grundlagenarbeiten geleistet werden, bevor sich zeige, welche externe fachliche Unterstützung gebraucht werde. Den Kredit jetzt zu kürzen, würde heissen, eine symbolische Politik zu betreiben, was er nicht wolle, weil es ihm um die Sache und darum gehe, dass das wertlose Gutachten nicht in Auftrag gegeben werde.

Markus Gfeller: Eine Replik seinerseits zum Votum von Stadtrat Roberto Di Nino erspare er dem Rat, weil sie allenfalls und plötzlich zu vielen Meinungen in Bezug auf die Bewertungsmethoden führen könnte. Zu den zwei Anträgen der SVP-Fraktion nehme er dagegen persönlich und nicht als Fraktionssprecher der FDP/jll/BDP-Fraktion Stellung, weil die Anträge erst nach der Fraktionssitzung zur Kenntnis genommen werden konnten.

Antrag Punkt 1.: Die Ergänzung der Projektorganisation durch Mitglieder des Stadtrates gehe für die FDP/jll/BDP-Fraktion an und für sich in die etwas falsche Richtung, da die FDP/jll/BDP-Fraktion eigentlich eine schlankere Organisation möchte. Trotz der grossen Sympathie, die er persönlich für das Anliegen habe, sei er doch der Ansicht, dass in der bereits vorher bestehenden Begleitgruppe politische Statements abgegeben werden konnten. Demgemäss habe er Vertrauen in die Arbeitsgruppe, dass diese die politisch eingebrachten Anliegen auch aufnehmen. In diesem Sinne werde zumindest er sowie ein paar Mitglieder der Fraktion dem Antrag nicht folgen.

Antrag Punkt 2.: Die Projektleitung liege schlussendlich halt im Kompetenzbereich des Gemeinderates. Für die Forderung der SVP-Fraktion habe er persönlich trotzdem ein gewisses Verständnis, dass die Projektleitung nicht jemandem übergeben werden sollte, der grundsätzlich mit dem Sozialamt betraut sei, sondern, dass jemand, der andere Prioritäten habe, die Leitung übernehmen sollte. In diesem Sinne werde er diesem Antrag zustimmen.

Beat Sterchi: Von Kosten, Synergien etc. sei heute schon gesprochen worden. In diesem Zusammenhang nehme er mit grossem Erstaunen zur Kenntnis, dass innerhalb von vier Wochen zwei Projekte im Stadtrat behandelt worden seien, deren Projektorganisation völlig verschieden angegangen werden soll. Synergien nutzen und Kosteneinsparungen erzielen, liesse sich mit denjenigen Personen, die bereits im IBL-Projekt mitwirken - mit Ausnahme der IBL-Leute und deren Direktor, dem im Übrigen die Projektleitung ja auch nicht übertragen worden sei, da das Präsidialamt damit beauftragt worden sei. Eigentlich müsste also das Präsidialamt auch die Projektleitung des vorliegenden Geschäftes übernehmen, weil es darin um die Behandlung haargenau gleicher rechtlicher, finanzieller und organisatorischer Fragen gehe, wie bei der IBL-Vorlage. Der Stadtrat leiste sich nun den Luxus, zwei verschiedene Projektorganisationen und zwei verschiedene Projektleitungen aufzustellen.

Von der FDP/jll/BDP-Fraktion hätte er - aufgrund ihres Rückweisungsantrages - schon erwartet, dass diese den Finger auf diese Punkte legen würde, weil in diesem Bereich gespart werden könnte, da es um die gleichen Fragen gehe, wie beim IBL-Projekt.

In Anbetracht der Grösse der Stadtverwaltung sei seiner Meinung nach eine unterschiedliche Regelung nicht vernünftig. Er sei der Meinung, dass die genau gleiche Projektorganisation mit einem erweiterten Steuerungsausschuss und mit einem Projektleiter aus dem Präsidialamt aufgestellt werden sollte. Selbstverständlich soll Herr Adrian Vonrüti als Fachmann dabei sein und mitwirken, wie er das schon in der Begleitgruppe getan habe. Wer eine andere als die von ihm skizzierte Organisation und Projektleitung wolle, sollte nicht von Kostensparen und von Synergien sprechen.



Was das Gutachten betreffe, so könne er am heutigen Abend seinen Einzahlungsschein gleich abgeben, da er das Gutachten für die Hälfte der Kosten machen würde. Der Wert eines abzureissenden Gebäudes als Sacheinlage bei der Gründung betrage nämlich genau Fr. 1.00, was ihm Herr Dolder bereits in der Begleitgruppe gesagt habe. Dazu sei also keine Bewertung notwendig. Demgegenüber brauche es aber eine Bewertung der Immobilien. Auch müsse abgeklärt werden, wie eine Bankfinanzierung gemacht werden könne. Diese beiden Positionen seien in der vorliegenden Offerte aber nicht enthalten. Dass die T&R AG eine Offerte abgebe, in der keine einzige Referenz aufgeführt sei, die belege, eine Bewertung für ein Altersheim schon einmal gemacht zu haben, erstaune nicht, da sie keine einzige Referenz dafür angeben könne.

Pascal Dietrich: Das Votum von Stadtrat Beat Sterchi mache ihn stutzig, da gemäss seinen Unterlagen der letzten Sitzung die Projektleitung für das IBL-Geschäft nicht beim Präsidialamt, sondern extern bei Herrn Hansueli Bircher der EVU Partners AG liege.

Er sei persönlich froh, dass die Projektleitung zum vorliegenden Geschäft nicht auch noch auswärts vergeben werde. Er hege demnach Sympathie dafür, die Projektleitung stadintern wahrzunehmen, ansonsten die Vorlage noch teurer würde, da der Rückweisungsantrag der FDP/jll/BDP-Fraktion ja abgelehnt worden sei. In diesem Zusammenhang weiter störend sei, dass zur Unterstützung der Projektleitung die Stelle der Juristin im Sozialamt aufgestockt werde, was wiederum Kosten verursache. Auf einen Antrag zu diesem Punkt werde er jedoch verzichten.

Beat Sterchi: Stadtrat Pascal Dietrich fordere er auf, Unterlagen richtig zu lesen, wenn er Aussagen zittieren wolle. Unter Projektkoordination und unter Projektleitung werde nämlich das gleiche verstanden. Bei genauem Lesen der Offerte könne festgestellt werden, dass für die Projektorganisation und die Unterstützung der Projektleitung, die mit Fr. 40'000.0 ausgewiesen worden sei, nun noch einmal Fr. 39'000.00 enthalten seien. Also werden insgesamt Fr. 80'000.00 für die Projektleitung des vorliegenden Projektes vorgesehen. Im Anderen Projekt seien Fr. 40'000.00 für das eigentlich gleiche Vorgehen vorgesehen worden.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Auch in einem Schulhaus scheine man nie ausgelernt zu haben. Die Voten seien aus seiner Sicht in gewisser Weise widersprüchlich. Stadtrat Markus Gfeller habe es angesprochen, dass wenn verlangt werde, den Steuerungsausschuss mit Leuten aus den Fraktionen zu ergänzen, diesem damit ein gewisser Stellenwert beigemessen werde, was darin alles entschieden werden müsste.

Stadtrat Beat Sterchi habe mit seiner Aussage wohl nicht gemeint, dass der offerierenden Begleitorganisation der IBL-Vorlage mitgeteilt werden soll, auch gleich die Aktiengesellschaft für das Alterszentrum Haslibrunnen zu gründen, weil das Vorgehen nahezu identisch sei. Falls dem so wäre, finde er die ganze Diskussion als etwas einfach und widersprüchlich. Es gehe schliesslich um ganz verschiedene Fragen. Das eine Geschäft betreffe die Versorgung mit Elektrizität, Gas, etc. und das andere betreffe den Sozialbereich.

Der Gemeinderat habe auf die ersten Anliegen aus dem Stadtrat sehr wohl reagiert und Anpassungen vorgenommen. Im Steuerungsausschuss seien beispielsweise die Zuständigkeiten geändert worden und er selber habe damit die Ehre erhalten, in einem weiteren Projekt den Vorsitz zu übernehmen.

Wenn sich der Gemeinderat ressourcenbetont verhalten wolle, dann werde aber nicht in der Verwaltung herumgeschaut, wer wohl noch etwas Zeit hätte. Wer diese Vorstellung habe, liege falsch. Der Gemeinderat sei zur Ansicht gelangt, das Projekt entweder zeitgerecht vorwärtsbringen zu wollen oder es zurückzustellen.

Die ganze Kaskade um das Sozialamt herum habe zum Beispiel mit der Projektadministration etwas zu tun. Stadtrat Pascal Dietrich weise er darauf hin, dass die im Sozialamt tätige Juristin ausgelastet sei. Um sie für das Projekt einsetzen zu können, bedürfe es aber einer entsprechenden Aufstockung. Der Vorgesetzte der Projektadministration bestehe aus dem Amtsvorsteher.

Der Gemeinderat nehme nicht einfach Leute quer aus der städtischen Organisation heraus, um sie zwischenzeitlich dem Stadtpräsidenten für einen bestimmten Prozentsatz zu unterstellen. Damit liege eine weitere Begründung für den Vorschlag des Gemeinderates vor.



Er komme der Versuchung nahe zu sagen, dass es noch eine Projektleitung brauche, weil die Projektleitung ja laut einer Aussage aufgrund falscher Offerten quasi versagen werde. Der Gemeinderat habe die Offerten eingeholt, um schlussendlich eine hinterlegte Begründung für den vorliegenden Kredit liefern zu können. Im Übrigen sei dieses Vorgehen auch bei einem Bauprojekt üblich, wobei sich natürlich auch ein solcher Kredit zerpflücken liesse, indem gesagt werde, dass die Offerte aus der Luft gegriffen sei.

Er gebe zu, dass in Bezug auf geeignete und weniger geeignete Bewertungsmethoden gestritten werden könne. Künftig werde er wahrscheinlich die Entscheide von Leuten, die offerieren und die in den entsprechenden Bereichen tätig seien, hinterfragen müssen.

Bezugnehmend auf die einzelnen Anträge halt er fest, nichts dagegen zu haben, wenn der Steuerungsausschuss mit Leuten aus den Fraktionen ergänzt werden soll. Er erinnere jedoch daran, dass die letzte Sitzung der Begleitgruppe etwa drei Monate später als geplant abgehalten werden konnte, weil bis dahin kein allen passender Termin gefunden werden konnte. Diese Komponente gelte es nicht ausser Acht zu lassen.

Dem Gemeinderat das Ganze noch einmal zurückzugeben, würde allenfalls zu keiner besseren Lösung führen. Vielmehr müsste sich der Gemeinderat ernsthaft überlegen, ob unter der Ägide, die sich der Stadtrat vorstelle, überhaupt alle parallel laufenden Projekte organisiert werden können.

Er bitte namens des Gemeinderates, die Anträge der SVP-Fraktion abzulehnen.

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch bittet um Abgabe der Stimme zu den beiden Anträgen der SVP-Fraktion:

Antrag 1 Patrick Freudiger, SVP-Fraktion

1. Die Projektorganisation ist wie folgt zu ergänzen:
Im Steuerungsausschuss (= Kernteam) nimmt neben Thomas Rufener (Stadtpräsident und Vorsitzender), Reto Müller (stv. Stadtpräsident und stv. Vorsitzender) sowie Rolf Baer (Mitglied Büro des Gemeinderates) zusätzlich je ein Mitglied der städtlichen Fraktionen Einsitz.

Ja	Stimmen	11	
Nein	Stimmen	24	abgelehnt
Enthaltungen		1	

Antrag 2 Patrick Freudiger, SVP-Fraktion

2. Die Projektleitung ist nicht durch den Vorsteher des Sozialamtes wahrzunehmen.
Der Gemeinderat wird beauftragt, eine geeignete interne Projektleitung zu bestimmen.

Ja	Stimmen	10	
Nein	Stimmen	26	abgelehnt
Enthaltungen		0	

III Abstimmung,

Der Stadtrat, beschliesst mit 27 Stimmen Ja gegen 7 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen)

1. Die Projektorganisation für das Projekt "AZH AG" wird gemäss Ziff. 4 des Berichts und Antrages vom 18. Juli 2013 des Präsidialamtes genehmigt.
2. Der hierfür notwendige Investitionskredit in der Höhe von Fr. 234'000.00 wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 500.509.02, bewilligt.
3. Die Ausgaben gemäss diesem Beschluss werden über die Laufende Rechnung des jeweiligen Jahres vollständig abgeschrieben (zusätzliche übrige Abschreibungen Verwaltungsvermögen, Konto Nr. 250.332.00).
4. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



3. **Postulat** (gewandelte Motion) **Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Standortplanung Mobilfunkantennen (Kaskadenmodell)** (erheblich erklärt am 20. August 2012); **Berichterstattung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Abschreibung**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderat Pierre Masson: Im vorliegenden Geschäft gehe es um Schnittpunkte der Mobilfunkbranche und der Raumplanung. Beide Themen seien an sich schon sehr spannend und in Kombination nicht weniger interessant. In der technisierten Welt von heute müsse man überall und jederzeit erreichbar sein. Er wage zu behaupten, dass die meisten - er selber eingeschlossen - es geniessen, nahezu an jedem Ort auf das Internet zugreifen zu können.

Allen sei bekannt, dass sich die Mobilfunkbranche in einem hart umkämpften Markt befinde, wodurch die wirtschaftlichen Interessen der Anbieter gross seien. Demgegenüber stehen meistens kontrovers diskutierte gesundheitliche Belange sowie auch architektonische und raumplanerische Gründe, die nicht in jedem Fall zu Gunsten der Mobilfunkanlagen ausfallen. Die unzähligen Artikel, Sendungen, Foren etc. in den vergangenen Jahren zeigen, dass es sich dabei um ein sehr emotionales Thema handle.

Wer sich für die technischen Aspekte zum Thema interessiere, könne sich via die Homepage des Bundesamtes für Kommunikation (www.bakom.admin.ch) mittels Online-Karten über die Standorte und Sendeleistungen der verschiedenen Mobilfunknetze informieren.

Das Postulat verlange eine kommunale Standortplanung für Mobilfunkantennen, die sich am Kaskadenmodell der Gemeinde Urtenen-Schönbühl orientieren soll. Das Kaskadenmodell basiere auf dem Vorgehen, eine Standortpriorisierung vorzunehmen. Das heisse, dass Standorte zuerst beispielsweise in einer Arbeitszone favorisiert werden. Wenn der Bau an diesen Standorten aber nicht möglich sei, werde allenfalls eine zentrumsnähere Lösung gesucht, was nicht immer ganz einfach sei, weil die Ausscheidung nach Kriterien vorgenommen werden müsse, die gewisse Spannungen verursachen könne und damit politisch nicht leicht durchzuführen sei. Fragen wie in welchem Quartier oder Ortsteil eine solche Antenne stehen soll oder eben nicht, gelte es zu klären.

Der Wunsch nach einem flächendeckenden Mobilfunknetz sei nach wie vor vorhanden. Dem Wunsch müsse Rechnung getragen werden. Der Gemeinderat sei sich einig, dass ein solches Unterfangen im Rahmen der Revision der Ortsplanung durchgeführt werden müsse.

Die mehrfach genannte Gemeinde Urtenen-Schönbühl sei das Problem sehr einfach angegangen. Das Baureglement enthalte im Artikel Art. 40a (Antennenanlagen) in Absatz 3 sinngemäss die Formulierung: *"Antennen sind in erster Linie in den Arbeitszonen zu erstellen"*. In Absatz 4 stehe weiter: *"Antennen in den übrigen Bauzonen sind nur zulässig, wenn kein Standort in einer Arbeitszone möglich ist."* Auf diese Weise liesse sich das Standortproblem eigentlich sehr elegant lösen.

"Viele Wege führen nach Rom!" oder am heutigen Abend zu einer sinnvollen Standortplanung. In diesem Sinne gebe es noch weitere Instrumente, um eine Standortplanung zu optimieren. Im Jahr 2011 habe der Kanton zusammen mit den Mobilfunkanbietern (Swisscom, Orange, Sunrise) eine Vereinbarung ins Leben gerufen, die zum Ziel habe, die Gemeinden besser über den Aufbau von Antennen zu informieren. Die Gemeinden werden damit frühzeitig in den Prozess (bereits in Standortevaluationen) integriert, so dass die Gemeinden beispielsweise auch Alternativstandorte vorschlagen können. Die Vereinbarung informiere die Gemeinden auch über die langfristige Netzplanung der Anbieter. Auf Anfrage beim Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) habe er heute erfahren, dass ca. 30 Gemeinden der Vereinbarung beigetreten seien.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

Der Gemeinderat beabsichtige der Vereinbarung beizutreten und damit einen ersten Schritt zu einer aktiven Standortplanung zu unternehmen. Das Kaskadenmodell werde in der Revision der Nutzungsplanung geprüft und in einer für Langenthal geeigneten Form aufgenommen. Der Gemeinderat erachte das Postulat damit als erledigt und beantrage dessen Abschreibung.

Seiner persönlichen Ansicht nach sei es egal, welches Werkzeug oder welche Form für Langenthal gewählt werde. Das Wichtigste sei, dass die gewählten Politikerinnen und Politiker ein Auge auf dem Thema halten und sobald sie etwas Suspektes bemerken, den Finger erheben. Die Mobilfunkanbieter seien Profis auf ihrem Gebiet und dementsprechend steinharte Verhandlungspartner.

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine Wortbegehren vorliegen.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Von der gemeinderätlichen Berichterstattung zum Postulat (gewandelte Motion) Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 7. Mai 2012: Standortplanung Mobilfunkantennen (Kaskadenmodell) (erheblich erklärt am 20. August 2012) wird Kenntnis genommen und das Postulat von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



4. **Postulat** (gewandelte Motion) **Rüegger Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 18. Juni 2012: Ersatz der Beleuchtung der Jurastrasse im Abschnitt Aarwangenstrasse bis Bahnhof** (erheblich erklärt am 17. September 2012); **Berichterstattung gemäss Artikel 35 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates; Abschreibung**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Das am 17. September 2012 erheblich erklärte Postulat habe einen Prüfungsauftrag ausgelöst. Der Prüfungsbericht des Stadtbauamtes, datiert mit 29. Juli 2013 liege vor, womit der Auftrag im Grundsatz erfüllt sei und von der Geschäftsordnung des Stadtrates abgeschrieben werden könne.

Der Gemeinderat habe sich am 14. August 2013 mit der Thematik befasst und den im Bericht des Stadtbauamtes gemachten Ausführungen zugestimmt. Erwähnenswert sei - obwohl ein Zusammenhang mit dem Postulat nur am Rand bestehe - dass der Gemeinderat das Stadtbauamt beauftragt habe, einen Projektierungskredit für die Erarbeitung eines neuen Gestaltungsrichtplans Jurastrasse vorzubereiten, weil festgestellt worden sei, dass der heute geltende Gestaltungsrichtplan in gewissen Punkten von der baurechtlichen Grundordnung abweiche. Bei der Überarbeitung der baurechtlichen Grundordnung vor 10 Jahren sei dieser Umstand nicht beachtet worden.

Im Bericht werde in Bezug auf die Erneuerung der Beleuchtung ausgeführt, dass es nicht sinnvoll sei, die Beleuchtung isoliert zu ersetzen. Der Ersatz müsse kombiniert mit einer geplanten, aber noch nicht unmittelbar bevorstehenden Erneuerung der Jurastrasse vorgenommen werden, weil bei einem Beleuchtungsersatz mit neuer Technologie wohl nicht an den bestehenden Beleuchtungspunkten festgehalten werden könne. Da die Erschliessung neuer Standorte zu Bautätigkeiten an der Strasse führe, wäre ein isolierter Ersatz der Beleuchtung unverhältnismässig.

Die Sanierung der Jurastrasse stehe im Kontext zu in Vorbereitung befindlichen Überbauungsordnungen, die das Bahnhofareal und das ESP-Bahnhofprojekt betreffen.

Rahel Lanz, EVP/glp-Fraktion: Dass die Kosten für die Umgestaltung der Beleuchtung entlang der Jurastrasse höher ausfallen, wenn die Beleuchtung isoliert ersetzt würde, sehe auch die EVP/glp-Fraktion. Trotzdem vermöge der Bericht die EVP/glp-Fraktion nicht zufrieden zu stellen. Gemäss diesem Bericht sei die Umgestaltung der Jurastrasse erst in den Jahren nach 2018 vorgesehen.

Die Jurastrasse sei eine Ausfallstrasse des Bahnhofs und stelle in den Augen der EVP/glp-Fraktion keine tolle Visitenkarte für ankommende Einwohner und Besucher Langenthals dar, die durch diese dunkle und bisweilen beängstigende Strasse Richtung Stadtzentrum gehen müssen.

Nach Ansicht der EVP/glp-Fraktion wäre es dringend angezeigt, in Zusammenarbeit mit den privaten Grundeigentümern, die weit in die Strasse ragenden und die Strassenbeleuchtung abdunkelnden Äste zurückzuschneiden. Auf diese Weise könnte die aktuell unbefriedigende Situation bereits sichtbar verbessert werden.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

- 1. Von der gemeinderätlichen Berichterstattung zum Postulat (gewandelte Motion) Rüegger Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 18. Juni 2012: Ersatz der Beleuchtung der Jurastrasse im Abschnitt Aarwangenstrasse bis Bahnhof** (erheblich erklärt am 17. September 2012) **wird Kenntnis genommen und das Postulat von der Geschäftskontrolle des Stadtrates abgeschrieben.**
- 2. Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



5. Interpellation Zurlinden Urs (FDP) und Scheibli Nathalie (SP) und Mitunterzeichnende vom 6. Mai 2013 betreffend die Zukunft des Mühle-Silos; Beantwortung¹

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Urs Zurlinden: Dem Gemeinderat danke er für die Beantwortung, obwohl der Dank seinerseits einen sehr bitteren Nachgeschmack habe, da er mit den Antworten nicht zufrieden sei, die er sowie Stadträtin Nathalie Scheibli erhalten haben.

Das Mühlesilo sei in Gottes Namen im kantonalen Bauinventar unter den erhaltenswerten Objekten aufgeführt. Das Mühlesilo sei über Jahre und Jahrzehnte mehr schlecht als recht vermietet worden. Einen Mietertrag habe es somit immer abgeworfen und trotzdem sei es innerlich verlottert, weil niemals daran irgend etwas gemacht worden sei, was der Erhaltung des erhaltenswerten Gebäudes gedient hätte. Als dann festgestellt werden musste, dass es für die Mieter darin vielleicht zu gefährlich werden könnte, habe man diese halt einfach rausgeschickt. Von der Stadt als Liegenschaftsbesitzerin und als Besitzerin eines erhaltenswerten Gebäudes so vorzugehen, erachte er als nicht richtig.

Er habe nicht erwartet, dass die Stadt wegen der vorliegenden Interpellation ein grosses Sanierungsprojekt aufgleise. Er könne sich aber vorstellen, dass die Musikschule in diesem alten Silo wunderbar integriert werden könnte. Auch ein Stadtarchiv könnte darin platziert werden. Ideen wären vorhanden, aber deren Aufnahme sei nicht erfolgt.

Offenbar bestehe nun die Idee, das Silo zu verkaufen. Ein Verkauf wäre ihm auch recht sei. Mit der entsprechenden Bedingung in Bezug auf die Erhaltung würde dies wenigstens eine Perspektive darstellen. Was vom Gemeinderat für den Moment aber zur Kenntnis gegeben worden sei, sei keine Perspektive, sondern null und nichts und damit nichts anderes, als etwas, was vielleicht einmal und in einer finanziell ferneren Zukunft an einen Privaten verkauft werden könnte. Mit einem Verkauf wäre er einverstanden und hoffe, dass es auch passiere, weil damit mit dem alten Mühle-Silo überhaupt etwas passiere. Das Gebäude leer stehen zu lassen sei keine Perspektive, die diesen Namen verdiene.

Nathalie Scheibli: Die Beantwortung sei mit dem 21. August 2013 datiert und damit vor fast einem Monat erfolgt. ToKJO und die Ludothek müssten bis Ende dieses Monats ausgezogen sein. In diesem Zusammenhang möchte sie gerne wissen, ob die beiden Institutionen mittlerweile Anschlusslösungen gefunden haben oder, ob sie weiterhin im Silo bleiben können, falls dies nicht der Fall sei?

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch: Gemäss Geschäftsordnung des Stadtrates finde eine weitere Diskussion über die Interpellation nur statt, wenn der Rat eine solche beschliesse. Fragen zu stellen oder zu beantworten, sei im vorliegenden Fall somit nicht vorgesehen.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 21. August 2013 sowie die Ausführungen des Interpellanten und der Interpellantin zur Kenntnis.

¹ Am 4. Juli 2013 vom Gemeinderat beantragte und am 11. Juli 2013 vom Stadtratspräsidenten bewilligte aufgeschobene Behandlung



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



6. Interpellation Marti Bernhard (SP) vom 6. Mai 2013 betreffend politische Kampagnen der Industriellen Betriebe Langenthal bei Abstimmungen; Beantwortung¹

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Bernhard Marti: Für die Beantwortung seiner Fragen danke er dem Gemeinderat. Er nehme zur Kenntnis, dass der Gemeinderat das Verhalten der Industriellen Betriebe Langenthal (IBL) im Rahmen der Abstimmung "Bern erneuerbar" als falsch empfinde.

Wenn sich Teile der Stadtverwaltung oder städtischer Institutionen entgegen den Gepflogenheiten in einen Abstimmungskampf einmischen, dann erwarte er vom Gemeinderat bzw. vom zuständigen Vorgesetzten, ein sofortiges korrigierendes Eingreifen und nicht nur eine beiläufige Erwähnung des Vorfalls im Rahmen eines Jahresgesprächs mit der entsprechenden Institution oder dem Verwaltungsteil.

Weshalb im vorliegenden Fall die Abstimmungskampagne vorerst tatenlos hingenommen worden sei, sei ihm nicht klar. Mit den Antworten zur Interpellation werde vielleicht eine sensibilisierende Wirkung in den entsprechenden Gremien erzielt, was in jedem Fall zu begrüßen wäre.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 21. August 2013 sowie die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ Am 4. Juli 2013 vom Gemeinderat beantragte und am 11. Juli 2013 vom Stadtratspräsidenten bewilligte aufgeschobene Behandlung



7. Interpellation Felber Lukas (jll) und Mitunterzeichnende vom 17. Juni 2013 betreffend Aufgabenportfolio der Stadt Langenthal; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Lukas Felber: Das höhere Defizit des heutigen Traktandums Nr. 1 sei bestimmt noch allen in bester Erinnerung. Er sei mit dem Gemeinderat sehr einverstanden, dass die Politik diesbezüglich das Heft in die Hand nehmen müsse, weil es nicht an die Verwaltung delegiert werden könne.

Zur Politik zähle namentlich auch der Stadtrat. Damit der Stadtrat das Heft in die Hand nehmen könne, brauche dieser aber Informationen. Mit der vorliegenden Interpellation bezwecke er, Informationen darüber zu erhalten, bei welchen Aufgaben der Stadtrat überhaupt ansetzen könne.

Mit den vorliegenden Antworten des Gemeinderates sei er aber natürlich nicht zufrieden, weil sie keine einzige der notwendigen Informationen enthalten.

Er erwarte, dass die Resultate der Aufgabenüberprüfung dem Stadtrat im Detail vorgelegt werden. Nur über allfällige Massnahmen zu informieren, die der Gemeinderat umzusetzen gedenke, reiche nicht aus und hätte die Einreichung weiterer parlamentarischer Vorstösse zur Folge.

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 21. August 2013 sowie die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



8. Interpellation Freudiger Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 17. Juni 2013 betreffend "Macht die SKOS-Mitgliedschaft Langenthals noch Sinn?"; Beantwortung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Patrick Freudiger: Aufgrund der Medienberichterstattung zum vorliegenden Vorstoss habe er vorweg eine Klarstellung anzubringen: In seiner Interpellation gehe es nicht um eine Hardliner-Idee! Ein Blick in die Akten hätte genügt, um zu sehen, dass der Vorstoss nicht nur von Vertretern der SVP, sondern auch von Vertretern der Freisinnigen, der BDP und der Jungliberalen unterzeichnet worden sei, womit es sich um ein überparteiliches Anliegen handle.

Berikon sei eine der Gemeinden, die aus dem Verein SKOS ausgetreten seien. Berikon habe im Sozialbereich eine SP-Gemeinderätin, die sich ebenfalls und auch öffentlich kritisch zu SKOS geäußert habe. Sie habe bemängelt, dass SKOS nicht mehr geeignet sei, weil SKOS zuwenig als Ansprechpartner hervortrete und die Gemeinden bei der Bewältigung von Problemen im Umgang mit schwierigen Sozialhilfebezügern allein lasse.

Damit stelle sich doch die Frage, was der Verein SKOS mache, der eigentlich auch aus zahlreichen Gemeinden zusammengesetzt sei, deren Sozialbehörden er vertreten sollte. Fraglich sei auch was der Verein SKOS mache, wenn deren Präsident sich plötzlich positiv zu einem völlig einseitigen Urteil äussere, in welchem nur die Optik des Sozialhilfebezügers im Vordergrund stehe.

Mit den Antworten des Gemeinderates sei er aus verschiedenen Gründen nicht zufrieden. Die Sozialhilfekosten sowohl in Langenthal wie auch im Kanton Bern seien ein Problem, weil sie förmlich explodieren. In der Interpellationsbegründung sei zu lesen, dass sich die Zahl von Fr. 10,0 Mio. (Jahr 2003) mittlerweile auf Fr. 15,0 Mio. befinde. Die Richtlinien der schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS), welche für die bernischen Gemeinden verbindlich seien, seien nicht etwa Teil der Lösung, sondern des Problems. Auf der einen Seite seien sie zu hoch und zu sozialhilfefreundlich. Er habe sich die Mühe gemacht, den von SKOS genannten elementaren Grundbedarf für Sozialhilfebezügler anzuschauen: Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, Verkehrsauslagen inklusive Halbtaxabo, Unterhaltung und Bildung zum Beispiel Konzession Radio und TV, Sport- und Spielsachen, Zeitungen Bücher, Schulkosten, Kino, Haustierhaltung. Diese Aufzählung töne seine Meinung nach nicht nach Grundbedarf, sondern schon fast eher nach Luxus. Weiter erwähnt werde: auswärts eingenommene Getränke und Übriges zum Beispiel Vereinsbeiträge und kleine Geschenke. ...

Stadtratspräsident Daniel Steiner unterbricht Stadtrat Patrick Freudiger mit der Bitte, sich kurz zu fassen.

Patrick Freudiger: Da er glaube, nicht länger am Rednerpult zu stehen als die Interpellanten vor ihm, fahre er in seiner Stellungnahme weiter. ... Die Aufzählung zeige, dass es dabei nicht mehr um Grundbedarf, sondern schon fast um Luxus gehe. Gleichzeitig bestehe das Problem, dass die Richtlinien einheitlich seien, wodurch ein flexibles Handeln der Gemeinden nicht möglich sei. Was in der Stadt Bern gut sei, müsse aber nicht unbedingt auch in Land- und Randregionen gut sein.

Die Diskussion um SKOS sei nach wie vor nicht erledigt. Wer die Akten gelesen habe, habe gesehen, dass ab dem Jahr 2013 sogar die Mitgliederbeiträge an SKOS lastenausgleichsberechtigt seien, was auf Gemeinden zurückfalle, die nicht SKOS-Mitglied seien. Wie es vor dem Jahr 2013 gewesen sei, werde in der Antwort leider nicht erwähnt. Diese Angabe könne aber immerhin er nachliefern: Der Mitgliederbeitrag habe bis 2013 Fr. 1'139.00 gekostet, ohne dass die Stadt Langenthal daraus einen relevanten Mehrnutzen gehabt habe.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

III Abstimmung:

Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 14. August 2013 sowie die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

9. Wahl eines Mitglieds der Kommission für öffentliche Sicherheit (Ersatzwahl für die per 31. August 2013 zurückgetretene Reçi-Dauti Lurata [SP])

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Anna Aeberhard, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion schlägt Frau Saima Sägesser (SP), Studentin Kunstgeschichte und Theaterwissenschaften (SP), als Ersatzmitglied zur Wahl in die Kommission für öffentliche Sicherheit vor.

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch stellt zu Händen fest, dass keine weiteren Vorschläge gemacht werden und bittet um Stimmabgabe.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

Saima Sägesser (SP), Studentin Kunstgeschichte und Theaterwissenschaften (SP), wird in offener Wahl für den Rest der bis zum 31. Dezember 2016 laufenden Amtsperiode als Mitglied der Kommission für öffentliche Sicherheit gewählt.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



10. Mitteilungen des Gemeinderates

■ Sicherheitskonzept Stadt Langenthal; Information

Gemeinderat Rolf Baer: Der Stadtrat habe heute Abend sehr kostenbewusste Diskussionen geführt. Momentan gebe es in Langenthal verschiedene Projekte aufzugleisen, wenn sie nicht schon aufgegleist worden seien, wozu auch das Sicherheitskonzept gehöre. Dass Sicherheit nicht einfach und gratis zu haben sei, gelte es zu bedenken.

Wer das Macchia-Tal kenne, kenne sicher auch die filigranen, fast 200 Meter langen Fussgängerbrücken, die vertikal zu schwingen beginnen, wenn man darübergehe. Der Erste gehe problemlos über diese Brücken. Ein Zweiter überlege es sich vielleicht, ob er diese Brücken benutzen soll. Ein Dritter fahre sogar mit dem Velo darüber und ein Vierter kehre um. So verhalte es sich mit dem Sicherheitsgefühl und mit Sicherheit an sich. Das Thema Sicherheit lasse sich somit nicht einfach eingrenzen oder klar definieren. Sehr vieles habe mit subjektivem Empfinden und persönlichen Erfahrungen und Erlebnissen zu tun. Auch über die objektive Sicherheit, lasse sich - trotz der in diesem Bereich vorhandenen Fakten - füglich streiten.

Der Publizist Ludwig Hasler habe über die Verkehrssicherheit und über die Sicherheit auf Kinderspielplätzen - ziemlich provokativ - geschrieben: *"Wo Schilder abmontiert und Ampeln ausgeschaltet werden, wo die Strassen so gestaltet sind, dass niemand mehr recht weiss, wie sich eigentlich wer wie zu bewegen hat, da sinken die Unfallzahlen drastisch. Wachsende Unsicherheit macht sicherer! «Unordnung» zwingt zum Hinsehen, Chaos macht hellichtig."* Über Spielplätze habe Ludwig Hasler geschrieben: *"Säubert man Spielplätze von allem, was Kinder stolpern und fallen machen könnte, behindert man ihre Entwicklung - körperlich wie emotional. Kinder suchen Gefahren und Risiko, sie brauchen das, um zu lernen, sich in einem hindernisreichen Leben erfolgreich zu bewegen."* Persönlich sei er davon überzeugt, dass es zu diesen Themen die verschiedensten Sichtweisen und Meinungen gebe.

Auch der Gemeinderat habe sich mit der Abgrenzung und der Festlegung von Sicherheitsfeldern im öffentlichen Bereich schwer getan. Sicherheit habe unter anderem mit Prävention im sozialen Bereich, mit baulichen Massnahmen, mit gerichtspolizeilicher und damit auch repressiver Tätigkeit, mit den Aufgaben der Schule usw. zu tun. Um nicht alles zu tun und dabei nichts richtig zu machen, habe sich der Gemeinderat bei der Festlegung der strategischen Ziele auf ein paar wenige beschränken müssen. Der Gemeinderat habe sich bewusst auf jene Bereiche konzentriert, die im Sinne einer Schwerpunktbildung gesichert werden sollen und auf- oder ausgebaut werden können.

Dass Langenthal ein Sicherheitskonzept brauche, sei vom Parlament mit einem überwiesenen Vorstoss und einem anschliessenden Gemeinderatsbeschluss entschieden worden. Die repräsentative Umfrage zur Kriminalität und Opfererfahrung der Bevölkerung in Langenthal, die kantonale und kommunale Vertiefungsstudie im Kanton Bern und ergänzende Befragungen, unter anderem durch die Jugendarbeit ToKJO, habe die Grundlagen für diesen Entscheid geliefert.

Im Konzept gehe es darum,

- alles, was bereits im öffentlichen Sicherheitsbereich gemacht werde, aufzuzeigen und besser zu vernetzen,
- neue Massnahmen zu prüfen und allenfalls umzusetzen,
- die Tauglichkeit verschiedenster Massnahmen kritisch zu hinterfragen und allenfalls anzupassen und
- die interdisziplinäre Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit allgemein zu verbessern.

Wenn er später in seinen Ausführungen auf die Kosten zu sprechen komme, bitte er zu beachten, dass vieles bereits eingerichtet und in den jährlichen Budgets eingestellt bzw. im Investitionsplan aufgeführt sei.

Mit Hilfe eines externen Beraters habe der Gemeinderat die strategischen Ziele festgelegt. Ein eingesetztes Projektteam unter der Leitung des zuständigen Gemeinderates habe mit den Amtsvorstehern des AföS, der Sozialen Dienste und des ABiKuS, dem Fachbereichsleiter Planung des Stadtbauamts und dem Leiter der Jugendfachstelle ToKJO das vorliegende Sicherheitskonzept und die Massnahmenpläne in 8 halbtägigen Workshops erarbeitet.



Die Kommission für öffentliche Sicherheit habe das Konzept anschliessend durchberaten und Änderungen vorgeschlagen, welche wiederum im Gemeinderat geprüft worden seien und die zum grössten Teil ins Konzept eingeflossen seien. Der Gemeinderat habe sich von Dezember 2009 bis Mai 2013 insgesamt an 8 Gemeinderatssitzungen mit dem Thema auseinandergesetzt.

stadtlangenthal

Sicherheitskonzept Stadt Langenthal

Genehmigt vom Gemeinderat am
22. Mai 2013

Sicherheit

stadtlangenthal

Inhalte

1. Zusammenfassung
2. Strategische Ziele und Stossrichtungen

Sicherheit

stadtlangenthal

Zusammenfassung

- **6 strategische Ziele** werden durch **25 strategische Stossrichtungen** konkretisiert, welche sowohl polizeiliche als auch bauliche, schulische, arbeitsmarktbezogene und integrationsspezifische Aspekte umfassen.
- Die Umsetzung des Sicherheitskonzepts erfolgt in Form von **Massnahmenplänen**, welche in enger Zusammenarbeit mit verwaltungsinternen und -externen Stellen und zeitlich gestaffelt realisiert werden.
- Das Sicherheitskonzept wird durch den neu zu schaffenden verwaltungsinternen **Koordinationsausschuss „Sicherheit und Prävention“** umgesetzt.
- Dieser ist auch für das mit einfachen Mitteln durchzuführende strategische **Controlling** verantwortlich.

Sicherheit

Zur Umsetzung des Sicherheitskonzepts werde ein verwaltungsinterner Koordinationsausschuss eingerichtet, der aus den Teilnehmern des vorgängig erwähnten Projektteams bestehe. Der Koordinationsausschuss werde die Geschäfte mit zur Umsetzung koordinierten Massnahmen auf den Behördenweg bringen.

stadtlangenthal

Inhalte

1. Zusammenfassung
2. Strategische Ziele und Stossrichtungen

Sicherheit

stadtlangenthal

Strategische Ziele

Das Sicherheitskonzept Langenthal konzentriert sich bewusst auf jene Bereiche, welche **gesichert, auf- oder ausgebaut** werden sollen.

Sicherheit



In drei von sechs festgelegten strategischen Zielen geht es um Sicherheitsbeeinträchtigungen, die durch verschiedenste Gruppierungen verursacht werden. In diesem Bereich geht es das Sicherheitsgefühl im Allgemeinen zu erhöhen und den angstfreien Aufenthalt im öffentlichen Raum zu fördern.

Im Bereich Verkehr geht es darum, Unfälle mit Personenschaden zu verhindern.

Strategische Stossrichtungen

Die 6 strategischen Ziele werden durch **25 strategische Stossrichtungen** konkretisiert.



Strategische Ziele

1. Sicherheitsbeeinträchtigungen reduzieren, welche durch eine Minderheit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen hervorgerufen werden.

Strategische Stossrichtungen

- 1.1 Sicherheit erhöhen durch schulspezifische Massnahmen.
- 1.2 Integration in den Arbeitsmarkt fördern.
- 1.3 Rechtsdurchsetzung forcieren.
- 1.4 Nachtruhestörung eindämmen.
- 1.5 Freiräume für Jugendliche und junge Erwachsene erhalten.
- 1.6 Offene Kinder- und Jugendarbeit halten.
- 1.7 Informationskampagnen weiterführen.
- 1.8 Koordination im Jugendbereich aufbauen.

In diesem Bereich werde vor Allem die präventive Arbeit gefördert.

Die Eltern sollen mittels Informationen mehr in die Pflicht genommen werden.

Mit bestimmten Massnahmen soll die Überwachung sowie die Zusammenarbeit der Kantonspolizei mit der Schule intensiviert werden.

Strategische Ziele

2. Sicherheitsgefühl der Frauen und älteren Menschen erhöhen.

Strategische Stossrichtungen

- 2.1 Angsträume verhindern bzw. beseitigen.
- 2.2 Kooperation mit Interessengruppen fördern.
- 2.3 Häusliche Gewalt bekämpfen.

In diesem Bereich geht es vor Allem um bauliche Massnahmen.

Weiter geht es um die Förderung der Kooperation zwischen den verschiedensten Interessengruppen sowie um mehr Präsenzzeit des Sicherheitspersonals.

Im Wissen, dass die öffentliche Hand nur beschränkt Einfluss nehmen könne, geht es in Punkt 2.3 vor allem um Aufklärung.



Strategische Ziele

stadtlangenthal

3. Sicherheitsbeeinträchtigungen reduzieren, welche durch Personen am Rande der Gesellschaft hervorgerufen werden.

Strategische Stossrichtungen

- 3.1 Soziale Integration fördern.
- 3.2 Angsträume eliminieren.
- 3.3 Koordination im Erwachsenenschutz aufbauen.
- 3.4. Nutzung des öffentlichen Raums einschränken.

Sicherheitskonzept Stadt Langenthal

Seite 9

Die polizeiliche Kontrolle und Ahndung müsse konsequent erfolgen.

Mit dem vom Stadtrat im letzten Jahr um ein Jahr verlängerten Projekt SIP werde momentan ein grosser Erfolg erzielt. Das Projekt sei anders organisiert und damit optimiert worden.

Wegweisungen und Verzeigungen sollen konsequenter durchgeführt und die Betreuungsangebote erweitert werden.

Mit der Fortsetzung von Quartierförderungsprogrammen, mit dem Abschluss von Integrationsvereinbarungen, die auf die Stadt zukommen werden, und mit Hilfestellungen zur Durchsetzung von Werten und Normen werde in diesem Bereich auf Sicherheitsbeeinträchtigungen reagiert.

Strategische Ziele

stadtlangenthal

4. Sicherheitsbeeinträchtigungen reduzieren, welche durch eine Minderheit von nicht integrierten Migrantinnen und Migranten hervorgerufen werden.

Strategische Stossrichtungen

- 4.1 Werte und Normen vermitteln.
- 4.2 Integration in den Arbeitsmarkt fördern.
- 4.3 Quartierförderungsprogramme aufbauen.

Sicherheitskonzept Stadt Langenthal

Seite 10

Mit konsequenter Festlegung von Benutzungsregeln für den öffentlichen Raum soll angstfreier Raum gefördert werden. Auch SIP und die Kantonspolizei sollen konsequenter und kompetenter handeln können.

Sachbeschädigungen sollen konsequent und sofort beseitigt werden.

Die Beleuchtung im Allgemeinen soll verbessert werden.

Die Videoüberwachung soll überprüft werden, was allerdings noch einer politische Diskussion bedürfe.

Strategische Ziele

stadtlangenthal

5. Angstfreier Aufenthalt im öffentlichen Raum fördern.

Strategische Stossrichtungen

- 5.1 Bildung von Brennpunkten verhindern.
- 5.2 Nutzungsarten des öffentlichen Raums steuern.
- 5.3 Stadtbild pflegen.
- 5.4 Angsträume verhindern bzw. beseitigen.

Sicherheitskonzept Stadt Langenthal

Seite 11



Diese Zielsetzung falle gegenüber den anderen Zielsetzung aus dem Rahmen. In Langenthal wolle man aber auch in diesem Bereich ein Augenmerk auf die Sicherheit werfen.

Geplante Umfahrungen, Signalisationen und Tempo-30-Zonen sollen konsequenter umgesetzt werden. In Bezug auf die Durchführung von Geschwindigkeitskontrollen werde zur Zeit noch ein Kampf mit der Kantonspolizei ausgefochten.

Auch mit der Instruktion von Velofahrerinnen und Velofahrern sowie mit Anpassungen nach erfolgter Überprüfung der Fussgängerquerungen sollen Verkehrsunfälle reduziert werden.

Zu den 6 Zielsetzungen und den vorgestellten Stossrichtungen seien 51 Massnahmen erarbeitet worden. Davon seien 32 bereits vom Gemeinderat genehmigt und umgesetzt worden. Die übrigen 18 erfordern Beschlüsse des Stadtrates oder des Gemeinderates. Eine Massnahme sei sistiert (Schulsozialarbeit).

Der Gemeinderat sei sich bewusst, dass unter dem herrschenden Spardruck und der laufenden Spardiskussion gewisse Massnahmen vermutlich nicht oder nicht unmittelbar umgesetzt werden können und, dass diese Massnahmen politisch ausdiskutiert werden müssen. Der Stadtrat werde am Schluss beschliessen, welche dieser Massnahmen umgesetzt werden sollen. Es handle sich dabei um Massnahmen im Investitionsbereich von rund Fr. 320'000.00 sowie um wiederkehrende Kosten von rund Fr. 400'000.00, die durch die Investitionen ausgelöst werden könnten. Von den wiederkehrenden Kosten wiederum würden rund Fr. 200'000.00 im Sozialbereich und rund Fr 162'000.00 im Sicherheitsbereich anfallen. Der Betrag im Sicherheitsbereich komme jedoch nur zum Tragen, wenn die Steuerungsmöglichkeiten und die Einflussnahme bei der Kantonspolizei auch entsprechend hochgefahren werden können. Im Sinne von "C'est à prendre ou à laisser" handle es sich dabei um Anliegen, die den Behördenweg nehmen müssen und die einer politischen Diskussion bedürfen, bevor auch der Stadtrat entscheiden könne, diese umsetzen zu wollen oder nicht.

Bei den Investitionen gehe es vor allem um bauliche Massnahmen (Beleuchtung, Fussgängerquerungen, Tempo-30-Zonen, Förderung des Langsamverkehrs im Zentrumsbereich, allenfalls Einführung einer Videoüberwachung), die im Investitionsplan bereits grösstenteils eingestellt seien.

Das Sicherheitskonzept sei ab morgen im Netz aufgeschaltet und werde den Stadträtinnen und Stadträten direkt im Anschluss an seine Präsentation in Papierform abgegeben.

Er danke allen involvierten Stellen der Stadtverwaltung für die Arbeit und die vielen spannenden und wichtigen Diskussionen über das Thema Sicherheit in Langenthal. Er freue sich bereits jetzt auf interessante Auseinandersetzungen im Parlament, wenn es dann darum gehen werde, im Stadtrat allenfalls konkrete Massnahmen beschliessen zu müssen.

■ **Motion Gfeller Markus, Lanz Rudolf (beide FDP), Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2011: Erlass eines Reglementes über das betreute Wohnen für Senioren des Altersheims Haslibrunnen; Information**

Gemeinderat Reto Müller: Die Berichterstattung mit Antrag auf Abschreibung sowie der Erlass eines entsprechenden Reglements zur am 19. September 2011 erheblich erklärten Motion mit Weisungscharakter, liege dem Stadtrat an der heutigen Sitzung nicht zur Beschlussfassung vor, weil die Traktandenliste der heutigen Sitzung bereits reich befrachtet sei und, weil der Gemeinderat die Vorlage noch nicht definitiv verabschiedet habe. Dem Stadtrat werde die Vorlage an einer der nächsten Sitzungen zur Beschlussfassung vorliegen.

Strategische Ziele

stadtlangenthal

6. Verkehrsunfälle mit Personenschaden reduzieren.

Strategische Stossrichtungen

- 6.1 Zentrum vom Durchgangsverkehr entlasten.
- 6.2 Angepasste Geschwindigkeiten sicher stellen.
- 6.3 Koexistenz Fuss-/Velo- und motorisierter Verkehr verbessern.

Sicherheitskonzept Stadt Langenthal

Seite 12



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



11. Parlamentarische Fragestunde

■ **Fragen** von **Stadtrat Stefan Grossenbacher (SVP)** betreffend **das Thema Stadtentwicklung:**

Im Zusammenhang mit dem von privaten Grundeigentümern initiierten Architekturwettbewerb auf dem Areal der Blumenhalle Häusermann, zwischen Wiesenstrasse und Schorenstrasse in Langenthal, ist bekannt geworden, dass sich die Stadt (Bauamt und Gemeinderat) mit dem Wettbewerbsveranstalter nicht einigen konnte.

Es stellen sich hierzu folgende Fragen:

- 1. Weshalb ist es nicht gängige Praxis innerhalb eines definierten Zeitrahmens - z.B. innerhalb eines Jahres (Stand Baueingabe) - das gesamte Verfahren vom Wettbewerb und der Überbauungsordnung über das Baugesuch bis hin zur Erledigung der Baubewilligung zu realisieren?*

Könnte ein Parallelverfahren den Zeitraum für Überbauungsordnung und Baubewilligung verkürzen?

- 2. Ist es möglich, ein vollständiges, verbindliches Verfahrensraster zu erstellen, welches neben sämtlichen einzureichenden Dokumenten seitens der Projektverfasser auch alle gesetzlich notwendigen Vorabklärungen und Planungsparameter seitens der Behörden integriert und somit zu keinen Verzögerungen im Verfahrensablauf führt?*
- 3. Ist es auf dem Hintergrund des oben erwähnten und von Privaten ausgelobten Architekturwettbewerbs überhaupt zulässig, ein derartiges zentrales Grundstück (Überbauung Blumenhalle Häusermann) "nur" nach geltendem Baugesetz zu bebauen?*

Dies führt unweigerlich zu Fragen zum Thema Langenthal als Stadt und zum raumplanerischen Begriff der Dichte:

- 4. Ist es ein bewusster Entscheid, dass im Bereich um den Stadtkern baurechtliche Volumen dann zulässig sind, wenn diese die geforderten Grenzabstände und die AZ erfüllen also keine Urbanität generieren?*

Ist es gewollt, dass diese Haltung zu Lockerheit statt zu Dichte führt, zu einer Bautätigkeit wie vor 15 Jahren?

- 5. Ist der Gemeinderat grundsätzlich gewillt, seine Verantwortung und seine Gestaltungsmöglichkeiten zum Thema Städtebau zu übernehmen und darüber hinaus längerfristige Visionen der Stadtentwicklung für ganz Langenthal zu formulieren und zu kultivieren?*

■ **Antworten** von **Stadtpräsident Thomas Rufener** auf die *Fragen* von Stadtrat Stefan Grossenbacher:

1. Ein Verfahren zum Erlass einer Überbauungsordnung dauere selbst im Idealfall rund ein Jahr. Diese Verfahrensdauer ergebe sich bereits durch die gesetzlich vorgeschriebenen Auflageverfahren, das kantonale Vorprüfungs- und Genehmigungsverfahren, die kommunalen Behördenverfahren (Bau- und Planungskommission, Gemeinderat und Stadtrat) und die Rechtsmittelfrist.

Soll dem Überbauungsordnungsverfahren ein Wettbewerb gemäss SIA vorgeschaltet werden, was sicher erstrebenswert sei, dauere es notwendigerweise länger als ein Jahr. Es gebe aber Fälle, in denen die Bauherrschaft nach einem qualifizierten Verfahren von der Erstellung einer Überbauungsordnung entbunden werden könne.

Betreffend das Baugesuchsverfahren sei auf die nächste Frage beziehungsweise Antwort verwiesen.

Die Durchführung von Parallelverfahren sei bei projektbezogenen Überbauungsordnungen eine gängige Praxis.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

2. Das Verfahren auf Erlass einer Überbauungsordnung sei im Baugesetz und in der Bauverordnung grundsätzlich geregelt. Nicht jede Überbauungsordnung bedürfe in allen Punkten dieselben Vorabklärungen und die Planungsparameter seien je nach zu beplanendem Gebiet unterschiedlich. Dennoch könne natürlich ein gewisses Grundraster dargestellt werden. Wer eine Überbauungsordnung anstrebe, werde gebeten, sich diesbezüglich mit der Fachstelle Raum- und Verkehrsplanung der Stadtverwaltung in Verbindung zu setzen, um die entsprechende Unterlagen einzufordern.

Der Lead für die Erstellung der angesprochenen Überbauungsordnung liege beim Projektverfasser. Die Verwaltung setze alles daran, das Verfahren nicht unnötig zu verzögern.

3. Die baurechtliche Grundordnung, welche vom Stadtrat oder an einer Volksabstimmung beschlossen worden sei, sei grundeigentümerverbindlich und behalte Gültigkeit, solange sie eben gültig sei. Im Übrigen sei das Gebiet anlässlich der Überarbeitung der letzten baurechtlichen Grundordnung ausgezont worden.
4. Für die Antwort auf diese Frage verweise er auf die Antwort zu Frage 3. Die baurechtliche Grundordnung setze einen Rechtszustand, worin man sich bewegen könne.

Der Gemeinderat stehe selbstverständlich nicht im Weg, wenn Lösungen mit Überbauungsordnungen gefunden werden können. Es sei aber nicht möglich, sich in allen Verfahren grundsätzlich zu einigen. Insbesondere was die zeitlichen Dimensionen betreffe, gebe es Bestimmungen, die nicht einfach ausgesetzt werden können.

In einem bestimmten Perimeter des Stadtkerns werde vom Baureglement eine obligatorische Überbauungsordnung vorgeschrieben. Mit einem angestrebten qualifizierten Verfahren könnte auch davon abgewichen werden, wenn damit nachgewiesen werde, dass die geforderte Bauqualität auch ohne Überbauungsordnung erreicht werden könne.

Im Moment werde an neuen Grundlagen gearbeitet. Die Siedlungsrichtplanung sei in Gang gegeben worden. Damit werde beabsichtigt, die Voraussetzungen zu erfüllen, um den Erlass der baurechtlichen Grundordnung auf gute Grundlagen stellen zu können. Die letzte Überarbeitung der baurechtlichen Grundordnung sei in dieser Beziehung zugegebenermassen kein grosser Wurf gewesen. Mit der bevorstehenden Revision bestehe die Möglichkeit, es besser zu machen als das letzte Mal. Allerdings weise er darauf hin, dass das dazu notwendige Verfahren einige Zeit in Anspruch nehmen werde.

5. Für die Antwort auf diese Frage verweise er auf die Antwort zu Frage 4.

■ **Frage** von **Stadtrat Urs Zurlinden (FDP)** betreffend **Schweizerisches Rotes Kreuz, Projekt syrische Flüchtlinge in Jordanien:**

Ist der Gemeinderat bereit, das Projekt des Schweizerischen Rotes Kreuzes (SRK) für syrische Flüchtlinge in Jordanien mit einem angemessenen Betrag zu unterstützen?

Das SRK-Hilfsprogramm für bedürftige Familien sieht eine finanzielle Unterstützung mit monatlich je Fr. 135.00 vor. Das ist Hilfe vor Ort.

■ **Antwort** von **Stadtpräsident Thomas Rufener** auf die *Frage* von Stadtrat Urs Zurlinden:

Im Rahmen von humanitärer Hilfe habe der Gemeinderat bereits verschiedentlich auf Notsituationen in aller Welt reagiert und entsprechende Hilfsorganisationen in ihrem Engagement mit einem finanziellen Beitrag unterstützt.

So zum Beispiel:

- | | | |
|----------------|-------------------------------|----------------------------------|
| ■ März 2011: | Erdbeben und Tsunami in Japan | Fr. 10'000.00 an die Glückskette |
| ■ August 2010: | Überschwemmungen in Pakistan | Fr. 5'000.00 an die Glückskette |
| ■ Januar 2010: | Erdbeben in Haiti | Fr. 5'000.00 an die Glückskette |
| ■ April 2009: | Erdbeben in Italien | Fr. 5'000.00 an die Glückskette |



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

Zur angesprochenen schwierigen Situation in Syrien habe sich der Gemeinderat noch nicht ausgetauscht. Der Gemeinderat sei jedoch bereit, eine entsprechende Spende anlässlich einer der nächsten Sitzungen zu prüfen und zu diskutieren. Gestützt auf die bisherige Praxis stehe dabei die Unterstützung mit namhaften einmaligen Beiträgen im Vordergrund. Ein wiederkehrendes Engagement sei nicht vorgesehen.

■ **Fragen** von **Stadtrat Pascal Dietrich (JL)** betreffend **sichere Erreichbarkeit der Hasli-Praxis für Fussgängerinnen und Fussgänger**

Seit einiger Zeit haben sich mehrere Hausärzte in Langenthal zur sogenannten Hasli-Praxis zusammengeschlossen. Mit dieser Gemeinschaftspraxis an der St. Urbanstrasse gelingt es, dem drohenden Hausärztemangel in Langenthal entgegenzuwirken, was aus Sicht der Stadt zu begrüßen und zu unterstützen ist. Nicht optimal ist jedoch die Erreichbarkeit der Praxis für - insbesondere betagte - Fussgängerinnen und Fussgänger, da auf Seite der Praxis kein Trottoir der St. Urbanstrasse entlangführt.

1. *Wie beurteilt der Gemeinderat die Erreichbarkeit der Hasli-Praxis für Fussgänger/-innen?*
2. *Besteht die Möglichkeit, südöstlich entlang der St. Urbanstrasse über das Grundstück des Restaurants Traube eine neue Trottoir-Verbindung zu erstellen?*
3. *Sind entsprechende Bemühungen geplant oder bereits im Gang?*

■ **Antworten** von **Gemeinderat Rolf Baer** auf die *Fragen* von Stadtrat Pascal Dietrich:

1. Die Erreichbarkeit der Hasli-Praxis für Fussgänger/Innen sei mit einer Ausnahme recht gut. Die Ausnahme bestehe in der Beziehung ab Zentrum entlang der rechten Seite der St. Urbanstrasse zur Hasli-Praxis. Der Gemeinderat stelle fest, dass der Fragesteller insbesondere diese Fussgängerbeziehung anspreche.

Dem Gemeinderat sei bewusst, dass das Trottoir auf dieser Strecke beim Restaurant Traube nicht durchgehend sei. Die Schliessung dieser Lücke sei auch ihm ein Anliegen. Es verhalte sich aber so, dass es sich beim fraglichen Strassenstück um eine Kantonsstrasse handelt. Der Gemeinderat habe seine Wünsche angebracht und mit dem kantonalen Tiefbauamt gesprochen.

2. Diese Möglichkeit bestehe grundsätzlich. Dazu müssten aber die betroffenen Grundeigentümer Land zur Erstellung des Trottoirs zur Verfügung stellen. Aufgrund des Umstandes, dass ein Landabtritt aber existenzielle Konsequenzen für den Betrieb in der betroffenen Liegenschaft habe, dürfte dieses Bedürfnis nicht sehr einfach umzusetzen sein.
3. Die kantonalen Instanzen seien informiert. Die Situation sei mittels Begehungen angeschaut worden. Der Gemeinderat werde sich weiter im Rahmen seiner Möglichkeiten für eine Verbesserung der Situation einsetzen.

■ **Fragen** von **Stadtrat Pascal Dietrich (JL)** betreffend **Gestaltung des Texts auf den Informationstafeln der Stadt Langenthal**

An verschiedenen Orten, so unter anderem am Bahnhof und bei der Hauptpost, wird Besucherinnen und Besuchern auf Informationstafeln neben einem Stadtplan Wissenswertes über Langenthal vermittelt. Dabei fällt auf, dass die Texte unterschiedlich ausführlich sind. Bei der Tafel bei der Hauptpost fällt auf, dass die frühe Geschichte Langenthals sehr detailliert und umfassend dargestellt wird, während die letzten 100 Jahre vergleichsweise knapp zusammengefasst werden.

1. *Wie viele solche Informationstafeln gibt es?*
2. *Wer betreut diese bzw. wer verfasst die Textteile der Tafeln, gestützt auf welche Grundlagen?*
3. *Sind bei einem Ersatz der Tafeln Änderungen am Text geplant bzw. welche Einflussmöglichkeiten bestehen dabei für die Stadt?*



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

■ **Antworten von Gemeinderat Rolf Baer** auf die *Fragen* von Stadtrat Pascal Dietrich:

1. In Langenthal bestehen an 10 Standorten öffentliche Informationsstellen, sogenannte City-Plan Anlagen. Sie befinden sich bei allen wichtigen Ortseingängen, aber auch an diversen Stellen im Zentrum sowie auf dem Bahnhofplatz.

Mit wenigen Ausnahmen seien alle von einer Werbefirma finanziert und beinhalten auf der einen Seite Stadtpläne, auf der anderen Seite Reklamen oder anderweitige Informationen. Bei der Informationsanlage vor der Importparfumerie an der Unteren Marktgasse sei auf der Rückseite ein Stadtplan ausgehängt, welcher auf wichtige Gebäude in Langenthal hinweise. Dabei handle es sich um eine Einrichtung, die vom Lions-Club Langenthal mit Bewilligung der Stadt installiert worden sei. Auf diesem Plan werde zusätzlich auf wichtige und geschichtsträchtige Gebäude in der Stadt Langenthal hingewiesen.

Weiter gebe es in Langenthal an privaten Stellen Informationstafeln, welche teilweise durch Werbefirmen unbekannter Herkunft erstellt worden seien. Diese seien weitgehend mit Werbegeldern finanziert und seinerzeit als "Chroniken" angepriesen worden. Die Standorte seien durch die privaten Anbieter mit privaten Liegenschaftseigentümern festgelegt worden. Zum Inhalt und zur Aktualität dieser Informationen könne der Gemeinderat keine Auskunft geben. An öffentlichen Bauten der Stadt Langenthal befinden sich keine derartigen Informationstafeln.

2. Der Gemeinderat gehe davon aus, dass sich die Fragestellung auf diese "Chroniken" beziehe. Zum textlichen Inhalt auf diesen Tafeln könne aus den bereits erwähnten Gründen keine Aussage gemacht werden.
3. Wie bereits erwähnt, handle es sich bei den fraglichen Informationstafeln um privates Eigentum, welches ebenfalls an privatem Eigentum angebracht sei. Wann und in welcher Kadenz ein Ersatz bzw. eine Überarbeitung der Informationen bei diesen Tafeln vorgesehen ist, sei nicht bekannt.

Anschlussfrage Stadtrat Pascal Dietrich: Ist die Tafel am Bahnhofplatz von der Gemeinde?

Antwort Gemeinderat Rolf Baer: Ja (Tafel bei der Post/Restaurant Da Luca)

■ **Fragen von Stadträtin Beatrice Greber (SP)** betreffend **Sicherheit auf den Fussgängerstreifen**

39 Fussgängerstreifen wurden von besorgten Bürgern des Oberaargaus als gefährlich und unsicher der Stiftung Road Cross gemeldet. 10 davon befinden sich in der Stadt Langenthal, dies meldet die BZ am 20. Juli 2013. Stadtschreiber Daniel Steiner bestätigte der BZ den Eingang im Februar 2013. Ebenfalls weisen laut einer Studie des Kantons Bern 675 Fussgängerstreifen Mängel auf, also jeder 5. Fussgängerstreifen. Da fühlen sich doch viele Bürger auf den Fussgängerstreifen in falscher Sicherheit, und niemand orientiert sie.

1. *Wie geht die Stadt Langenthal mit diesen Informationen um?*
2. *Sind diese 10 unsicheren, gefährlichen Fussgängerstreifen den Verantwortlichen bekannt. Was wurde bereits verbessert und was noch nicht?*
3. *Ist die bestehende Mängelliste von unsicheren oder falsch beleuchteten Fussgängerstreifen in Langenthal noch lang?*
4. *Wie lange ist die Frist, bis diese Mängel behoben werden müssen?*
5. *Stellt die Stadt auch Forderungen an den Kanton, für die Verbesserung der Sicherheit der Fussgängerstreifen auf den Kantonsstrassen in Langenthal?*
6. *Wie wird die Bevölkerung auf die bestehenden, zusätzlichen Gefahren sensibilisiert?*



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

■ **Antworten von Gemeinderat Rolf Baer** auf die *Fragen* von Stadträtin Beatrice Greber:

1. Der Gemeinderat habe die Überprüfung aller Fussgängerstreifen (FGS) beim AföS in Auftrag gegeben, bevor die kantonalen Instanzen ebenfalls eine Überprüfung befohlen und eingeleitet haben. Die Informationen von Road Cross seien dem AföS mitgeteilt worden und in den Auftrag zur Überprüfung eingeflossen.
2. Das AföS habe an Stellen, gestützt auf Abklärungen, wie auch aufgrund der Informationen von Road Cross wo Handlungsbedarf festgestellt worden sei, Gefahrenstellen soweit möglich unverzüglich behoben. Die laufend eingelegten Fussgängerstreifen seien durch Strukturmarkierungen ersetzt worden. Die letzten Arbeiten seien für Oktober 2013 geplant.
3. Die Abklärungen haben ergeben, dass es in Langenthal keine Fussgängerstreifen mehr gebe, welche massive Mängel aufweisen. Wo Mängel festgestellt worden seien, seien Verbesserungen umgesetzt worden, oder werden unmittelbar umgesetzt
4. Es gebe keine verbindlichen Fristen, in welcher Zeit die Mängel behoben werden müssen. Der Gemeinderat setze aber alles daran, dass festgestellte Mängel umgehend behoben werden.
5. Selbstverständlich. Die Stadt sei dauernd mit dem Tiefbauamt in Kontakt, welches die Wünsche der Stadt laufend aufnehme.
6. Die Stadt Langenthal weise keine Fussgängerstreifen mit Mängeln auf, die eine spezielle Signalisation erfordern. Der Gemeinderat sei aber dauernd an Verbesserungen interessiert. Trotz allem sei es auch in der Verantwortung der Verkehrsteilnehmenden, sich an die Regeln zu halten und entsprechend vorsichtig zu agieren.

■ **Fragen von Stadtrat Pascal Dietrich (JL)** betreffend **Sanierungs- und Unterhaltskonzept Badi:**

Die Badi Langenthal wurde 1994 komplett saniert und umgestaltet. Seither sind fast 20 Jahre vergangen. Namentlich bei den Einrichtungen für die Kinder wäre es nach meiner Auffassung Zeit für eine Auffrischung (stark aufgerauhte Betonbeläge etc.). Der Investitionsplan enthielt denn auch für das Jahr 2012 einen Betrag für die Erarbeitung eines Sanierungs- und Unterhaltskonzepts. Im August 2012 war ich auf Nachfrage hin durch das Stadtbauamt dahingehend orientiert worden, dass dieses Konzept im Frühling 2013 vorliegen sollte.

1. *Liegt das Sanierungs- und Unterhaltskonzept für die Badi inzwischen vor?*
2. *Falls nicht, weshalb nicht, und bis wann ist damit zu rechnen?*
3. *Falls es vorliegt: was beinhaltet das Konzept, welche Kosten entstehen und bis wann ist mit der Umsetzung zu rechnen? Kann der Kinderbereich allenfalls vorgezogen werden?*

■ **Antworten von Stadtpräsident Thomas Rufener** auf die *Fragen* von Stadtrat Pascal Dietrich:

1. Nein.
2. Im Rahmen der Organisation im Stadtbauamt sei eine Verzichtsplanung gemacht worden, in der gewisse Sachen - unter Anderem auch diese Projekt - zurückgestellt worden seien. Inzwischen habe der Gemeinderat den Auftrag zur Konzeptausarbeitung erteilt. Das Konzept sollte bis im Februar 2014 vorliegenden.
3. Die Beantwortung der Frage 3. erübrige sich aufgrund der Antwort auf Frage 2.



■ **Fragen** von **Stadträtin Anita Steiner-Thaler (EVP)** betreffend **Strassensanierungen**:

In der Stadt Langenthal werden in Etappen Strassensanierungen durchgeführt. Ein Strassenunterhaltungskonzept koordiniert die verschiedenen Baustellen und Sanierungsschritte.

In den letzten Wochen wurden beispielsweise die Krippenstrasse, Thunstettenstrasse, Turnhallenstrasse, und der Markthallenplatz gesplittet.

Dieser Strassenzustand wirft bei Passanten und Anwohnern Fragen auf.

1. *Der frei herumliegende Splitt ist für Autofahrer mühsam, hinderlich, durchaus gefährlich für Fahrradfahrer und bei Regen rutschig für Fussgänger.*

Was ist der Grund dieses Vorgehens?

2. *Durch Strassensanierungen entstehen viele fleckige Strassenpassagen. Ist in geraumer Zeit eine Verbesserung, d.h. Verschönerung vorgesehen?*
3. *Der Bahnübergang auf der Thunstettenstrasse beim Bahnhof Süd ist für Auto- sowohl Velofahrer ungemütlich, durchaus gefahrenvoll und enthält Schlaglöcher.*

Ist eine Sanierung dieses Strassen- bez. Schienenabschnittes in Planung?

■ **Antworten** von **Stadtpräsident Thomas Rufener** auf die *Fragen* von Stadträtin Anita Steiner-Thaler:

1. Es gebe drei Verfahren, um Strassenschäden zu beheben: Ein billiges Verfahren, ein mittleres Verfahren und ein teureres Verfahren. Splitt stelle das billigste Verfahren dar (Teer aufspritzen und splitten; nach ca. 10 Tage werde der nicht eingefahrenen noch herumliegende Splitt mit der Strassenwischmaschine aufgenommen.). Damit seien keine definitiven Strassensanierungen möglich. Immerhin lasse sich damit eine Sanierung aber etwa für drei Jahre hinauszögern, um eine andere Lösung zu bringen. Im Raum stehe der Preis von ca. Fr. 4.00 pro m².

Ein ähnlicher Effekt lasse sich mit der vorgängigen Mischung von Splitt und Teer erreichen (Repmat Kaltmisch-Verfahren). Das Mischgut werde maschinell aufgetragen, womit kein überflüssiger Splitt entstehe. Kosten pro m² Fr. 20.00.

Die definitive Sanierungslösung, wie sie momentan an der Aarwangenstrasse vorgenommen werde, bestehe darin, den ganzen Deckenbelag herauszufräsen und mit einem neuen Belag zu ersetzen. Kosten pro m² Fr. 80.00.

2. Nein. Die Stadt könne sich eine Verschönerung nicht leisten. Wenn geteert werde, gebe es immer von Lastwagen verursachte Spuren, die nach ein bis zwei Monaten jedoch verschwinden. Ein rein optischer Ausgleich dieser verschiedenen Verfahren sei jedoch nicht geplant.
3. Das Problem sei bekannt und liege darin, dass der Übergang zwischen den Schienen mit dem angrenzenden Bereich der Strasse in Konflikt stehe, weil sich die Schienen leicht bewegen, wenn ein Zug sie befahre, was zu Absprengungen und Abspaltungen führe. Die Stadt stehe mit der Bahnbetreiberin BLS in Kontakt. Konkrete Vorschläge seien bis anhin keine vorliegend, aber irgendwann gelte es eine grundsätzliche Lösung anzustreben.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



12 A. Eingereichte Motion Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 16. September 2013: Park & Charge (reservierte Parkplätze mit Ladestationen für Elektromobile)

Motionstext:

"Park and Charge

Der Gemeinderat wird beauftragt für Elektromobile reservierte Parkplätze mit Ladestationen zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Dieses Anliegen wurde bereits vor 3 Jahren von Pierre Masson eingebracht, aber wegen ungenügendem Bedarf nicht weiterverfolgt. Zwischenzeitlich hat sich die Situation verändert: Auch in unserer Region hat die Elektromobilität deutlich zugenommen, nicht zuletzt dank alltagstauglichen Hybridsystemen. Somit besteht zweifellos ein Bedürfnis nach entsprechenden öffentlichen Stromtankstellen. Das Gewerbe hat das ebenfalls festgestellt. So besteht seit kurzem ein entsprechender Parkplatz beim Coop Tell, der allerdings infolge zeitlicher Einschränkung nur sehr begrenzt genutzt werden kann. Wünschenswert wären 2-4 zentrumsnahe Parkplätze. Damit könnte die Attraktivität Langenthals als Einkaufs- und Dienstleistungszentrums des Oberaargaus weiter gesteigert werden. Auch als Energiestadt würde sich Langenthal zusätzlich profilieren.

Das europaweit sehr gut funktionierende System Park & Charge würde sich auch in Langenthal bestens eignen: Die Stadt müsste die Parkfläche zur Verfügung stellen und mit Ladestationen bestücken. Die Stromkosten würden direkt über Park & Charge abgerechnet (der Elektrofahrzeugbesitzer löst eine jährliche Vignette und erhält mit einem Schlüssel Zugang zu den Ladestationen). Falls die Stadt bereit wäre die Stromkosten selbst zu übernehmen, würde sich die Zusammenarbeit mit Park & Charge erübrigen.

Christoph Stäger und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt analog Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

² Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



12 B. Eingereichte Motion Stäger Christoph (glp) und Mitunterzeichnende vom 16. September 2013: Brunnen Wuhrplatz (Erarbeitung und Realisierung neues Brunnenkonzept)

Motionstext:

"Brunnen Wuhrplatz"

Der Gemeinderat wird beauftragt ein neues Brunnenkonzept auf dem Wuhrplatz zu erarbeiten und zu realisieren.

Begründung:

Wie ursprünglich beabsichtigt, entwickelt sich der Wuhrplatz zunehmend zu einer zentralen Wohlfühlzone unserer Stadt. Der Einbezug des Wassers als wichtiges Wahrzeichen Langenthals ist mit dem Zugang zur Längten und mit dem Pflasterungsmuster gut gelungen. Leider ist das zentrale Element, der Brunnen, in den Augen vieler Langenthaler weniger geglückt. Wenn überhaupt als Brunnen wahrgenommen, wirkt er doch eher als triste Glassäule. Attraktiver wäre beispielsweise ein Wasserspiel (zB wie bei der Garage Gautschi im Dreilinden). Die bestehenden Bodenelemente könnten dabei weiterverwendet werden. lebendiges, sprudelndes Wasser würde den Platz optisch beleben und würde zudem Kindern an warmen Tagen als «Spielgerät» dienen und viel Spass bereiten. Mit geringem Aufwand könnte der Wuhrplatz damit weiter an Attraktivität gewinnen.

Christoph Stäger und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt analog Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

² Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



12 C. **Eingereichte Motion Lanz Rahel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 16. September 2013: Einführung eines Tagesstrukturangebotes während der Schulferien (Ferieninsel)**

Motionstext:

"Einführung eines Tagesstrukturangebotes während der Schulferien (Ferieninsel)

Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Tagesstrukturangebot für Kindergarten- und Schulkinder während (eines Teiles) der Schulferien anzubieten.

Begründung:

In der Stadt Langenthal gibt es seit dem Schuljahr 2010/11 in Zusammenarbeit mit der Trägerschaft leolea Tagesschulangebote für Kindergarten- und Schulkinder.

Ein Tagesschulangebot umfasst im Kanton Bern ein freiwilliges, pädagogisch geleitetes Betreuungsangebot für Kindergarten- und Schulkinder, welches vor oder nach dem obligatorischen Unterricht stattfindet. Das Betreuungsangebot der Gemeinde richtet sich nach der jährlich ermittelten Nachfrage der Eltern.

Leider geht oft vergessen, dass das Tagesschulangebot nur während der offiziellen Schulwochen in Anspruch genommen werden kann. Das bedeutet, dass für berufstätige Eltern, welche in der Schulzeit Tagesschulangebote nutzen, während der Ferienzeit ihrer Kinder eine Lücke klafft. Für viele bringt dies ein ernsthaftes Betreuungsproblem mit sich, welches aus verschiedensten Gründen auch nicht mit bereits bestehenden Betreuungsangeboten (z.B. Schülertagesstätte) gelöst werden kann. Schliesslich sind die wenigsten Eltern in der Lage, sich beruflich so zu organisieren, dass sie während der gesamten Schulferienzeit auch zu Hause bleiben können. Im besten Fall finden die Eltern in der Verwandtschaft und/oder Nachbarschaft eine Betreuungslösung. Im schlechtesten Fall sind die Kinder in dieser Zeit sich selber überlassen. Dies fällt umso schwerer ins Gewicht, da die Kinder den ganzen Tag alleine sind, nicht «nur» während der unterrichtsfreien Zeit.

Aus den genannten Gründen ist es angezeigt, dass auch in Langenthal ein Tagesstrukturangebot während (eines Teiles) der Schulferien angeboten wird. Verschiedene Gemeinden tun dies bereits unter dem Namen «Ferieninsel», indem sie Kindergarten- und Schulkindern professionell betreute Tagesferien anbieten. Viele Eltern - Alleinerziehende oder Paare - sind heute auf ein Einkommen bzw. Doppelseinkommen angewiesen und somit auch auf ein entsprechendes Betreuungsangebot für ihre Kinder während der Schulferien.

Eine Tagesschule inkl. Ferieninsel ist ein Standortvorteil und wichtiges Angebot in einer familienfreundlichen und attraktiven Stadt. Ein umfassendes Betreuungsangebot ist für potenzielle Neuzuzüger/-innen mit Kindern ein nicht unwesentlicher Bestandteil bei der Wohnungs- und Wohnortssuche.

Rahel Lanz und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt analog Art. 36 Abs. 2 Geschäftsordnung des Stadtrates¹

¹ **Art. 36 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

² Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



Stadtrat

Protokoll der 6. Sitzung von Montag, 16. September 2013

13. In eigener Sache

Stadtratspräsident Daniel Steiner-Brütsch: Mangels Traktanden und weil der Voranschlag 2014 an der heutigen Stadtratssitzung beraten und verabschiedet worden sei, falle die für den **28. Oktober 2013 geplante Stadtratssitzung aus.**

Die nächste Stadtratssitzung finde somit am **18. November 2013 im gewohnten Lokal in der Alten Mühle** statt.

Mit den besten Wünschen für eine erholsame Herbstferienzeit, erklärt er die Sitzung um 22.40 Uhr für geschlossen.

